THEMA:
ÜBERFORMUNG

DER

vol.02

# WILHELM

# AUSGABE 2

DER WILHELM / 1. DEZEMBER 2016

**Herausgeber:** Meta Cramer, Jan Morgenstern, Julius Oblong, Tobias Rochlitz und Martin Valdés-Stauber.

Eine studentische Initiative (akkreditiertes ZUPER-Projekt) der Zeppelin Universität, Friedrichshafen.

Internet: zu.de/derwilhelm

ISSN 2509-4459

# VORWORT

**Liebe Leserinnen und Leser,**

als interdisziplinäres Undergraduate Research Journal der Zeppelin Universität ermöglicht *Der Wilhelm* Studierenden eigene Forschung zu veröffentlichen. Nicht nur forschende Lehre, sondern auch studentische Forschung prägen die universitäre Ausbildung an der Zeppelin Universität und sind Teil des eigenen Selbstverständnisses. Daran erinnert und dafür wirbt diese von Studierenden umgesetzte Publikation.

Viele studentische Forschungsbeiträge aus Humboldt- und Bachelorarbeiten sowie in Hausarbeiten ausgearbeitete theoriebasierte Beiträge drohen trotz *intelligenter Herangehensweisen* und *relevanter Ergebnisse* in der Schublade zu verschwinden – oder, um heutigen Arbeitsweisen Rechnung zu tragen, auf einer Festplatte abgelegt zu werden. Beim Call for Papers waren Autoren von Humboldt- und Bachelor-Arbeiten aufgerufen, diese in verkürzter Form einzureichen. Darüber hinaus ist diese Ausgabe dem Thema „Überformung" gewidmet: Essayistische Ausarbeitungen dazu waren beim entsprechenden Call for Essays willkommen.

Das *aufwendige Review-Verfahren* soll dabei bewusst einen Lernprozess im Hinblick auf wissenschaftliches Schreiben und Publizieren ermöglichen – ohne hohe Standards zu vernachlässigen. Deshalb haben in einem zweistufigen, beidseitig-blindem Reviewprozess jeweils zwei Reviewer den Autoren der eingereichten Texte Anregungen zur Weiterentwicklung gegeben und Verbesserungsvorschläge gemacht. Dem Review Board dieser Ausgabe gehören ausschließlich promovierte Mitarbeiter und Dozenten sowie Professoren der Zeppelin Universität an. Außerdem sind auch, wie bei anderen wissenschaftlichen Journals, in der vorliegenden Ausgabe auf Grundlage der Reviews nicht alle eingereichten Artikel abgedruckt. Einreichungen durch die Verantwortlichen von *Der Wilhelm* sind ausgeschlossen worden. Die Beiträge der zweiten Ausgabe des "Wilhelm" beschäftigen sich mit unterschiedlichsten relevanten und aktuellen Fragestellungen.

Der Reichtum methodischer Zugänge ist jedoch erwähnenswert. Die Beiträge in deutscher wie englischer Sprache spannen einen Bogen von der Prekarität und Entfremdung heutiger Finanzmanager, über die Notwendigkeit einer Umgestaltung des europäischen Gefüges zu einer institutionalisierten Demoikratie bis hin zu der Verflechtung ökonomischer Dynamiken und dem Verhandlungsverhalten von Staaten bei internationalen Klimaverhandlungen. Außerdem widmen sich zwei Beiträge dem Essaythema dieser Ausgabe „Überformungen": So ist eine *Überformung des Institutionengefüges des UN-Friedenssicherungssystems* vonnöten, um Menschen effektiv vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Außerdem müssen Partizipationsmöglichkeiten und Kommunikationsmechanismen der EU um- und überformt werden, damit die Umsetzung neuer Standards auf lokaler Ebene gelingen kann, so etwa in der Fischerei.

In seinem Beitrag **"Entfremdung readressiert."** verfolgt Dustin Voss die These, dass Prekarität und Entfremdung als Begriffe soziologischer Analyse empirisch auch auf Eliten, konkret auf das Top-Finanzmanagement, angewendet werden können. Finanzmanager erfahren eine *im System institutionalisert(e)* Prekarität, was sich nicht nur in der Verkürzung von Zeithorizonten, und damit der Unmöglichkeit selbstständig eine Zukunft zu entwerfen, äußert, sondern vor allem in einer ständigen Statusunsicherheit: Die Person taucht lediglich als Funktionsstelle in einer Hierarchie oder einem Netzwerk auf, wobei (maßlos) steigende Gehälter lediglich *als Proxy für Zugehörigkeit, Ansehen und Liebe der Institutionen funktionieren.* Die starre Koppelung aus Identität und Stelle führe unweigerlich zu einer Entfremdung, weil keine identitätsstiftende Selbstdistanzierung möglich sei. Die anschlussfähige, konstruierte Identität verharrt *im Zustand der reinen Funktionalität.*

**“Die Europäische Union als Demokratie der Völker?”** Ausgehend von dieser Frage untersucht Alexander Schilin das Gefüge der Europäischen Union und stellt fest, dass umfassende Reformen zur Realisierung einer angemessenen Mitwirkung der Völker an der Willensbildung der EU nötig sind. Dies legt das Modell der Demoikratie, einer Herrschaft der Völker, nahe, *wobei die Vereinbarkeit der Souveränität der europäischen Völker in der Union mit der Selbstständigkeit der europäischen Institution* zu prüfen wäre. Der Beitrag deckt auf, dass Mitbestimmung nur in unzulänglicher Form gewährleistet ist. Nicht nur müssten die Völker über ein gleiches Stimmrecht verfügen, vor allem m*üssen die Repräsentanten der Völker unmittelbar oder mittelbar aus Wahlen hervorgehen, von ihren jeweiligen Völkern zur Verantwortung gezogen werden können und eine ihren Kompetenzen angemessene Länge der Legitimationskette vorweisen.*

Mittels vergleichender Case Studies untersucht Annika Hoebbel in **“When climate protection pays off - the economic rationale in the UNFCCC climate negotiations”** die bisher unberücksichtigten Wirkungszusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Dynamiken und dem Verhalten bei Klimaverhandlungen. Die Auswertung der ausgewählten Fälle USA, China und Indien in Bezug auf die Verhandlungen in Kopenhagen (2009) und Paris (2015) zeigt dass ein kollaborativer Verhandlungsstil dann zu beobachten ist, wenn ‚grüne‘ Energieformen als Schlüsselindustrie und kompetitiver Vorteil der eigenen Volkswirtschaft angesehen werden und entsprechende Investitionen privaten Kapitals in dem Land getätigt worden sind. Der Verhandlungsstil folgt somit ökonomischen Strömen. In Hinblick auf eine ambitionierte Klimapolitik wäre nicht nur das framing nationaler Debatten festzuhalten, sondern auch, dass es unerlässlich sei *to allow developing countries to participate in the potential economic benefits of sustainable energy, zumal es the most efficient and cheapest mean to achieve global climate stabilization.*

Alte Formen werden von neuen überlagert, ohne dabei gänzlich zu verschwinden. Kontinuität und Disruptionen produzieren Hybride. Interventionen oder Entscheidungen löschen das Vorherige nicht aus, sondern überformen es, so etwa in der Raumplanung oder bei dem Wandel einer Unternehmenskultur oder. Fortlaufend hängen Veränderungen von den Ressourcen des Vorherigen ab; stellen also reorganisierende Anpassungen dar. Veränderungen als „Überformungen“ zu beschreiben, mag zu neuen Beobachtungen, Beschreibungen und Interpretationen von Phänomenen führen. So können wir beobachten, dass u.a. politische Entscheidungen administrative Realitäten oder internationale Verhandlungsgefüge überformen. Gleichzeitig finden laufend, etwa durch Migration, soziale Überformungen statt. Die hier zu findenden Beiträge zu dem Essaythema „Überformungen“ widmen sich folgenden Fragestellungen:

In seinem Beitrag **“Zum Verhältnis von Humanität und völkerrechtlich- politischem Formalismus in der Debatte zur humanitären Motivation”** beschäftigt sich Konstantin Veit mit dem *Spannungsfeld zwischen dem Schutz vor schwersten Menschenrechtsverletzungen einerseits und der Gefahr einer Unterminierung des Völkerrechts.* Zwar soll das Konzept „Responsibility to Protect“ die Verantwortung zum Schutz schwerster Menschenrechtsverletzungen stärker im Völkerrecht verankern, jedoch droht es durch den Mangel eines entsprechenden institutionellen Gefüges machtpolitisch instrumentalisiert zu werden. Der *Interventionsdruck sollte schlussendlich nicht durch Diskurshoheit, sondern durch juristisch festgestellte Tatbestände* entstehen, damit die „Responsibility to Protect“ nicht zur Kaschierung eines unilateralen Interventionismus missbraucht wird. Zur effektiven Wahrung der Menschenrechte fordert Konstantin Veit eine *Überformung des Institutionengefüges des UN-Friedenssicherungssystems,* um entsprechende, handlungsfähige Institutionen einzurichten.

Gloria Kraus deckt in ihrem Beitrag “**The political communication of policy changes to stakeholders in the European Union based on the European fisheries sector**“ auf, dass die politische Kommunikation der EU ungenügend ist, um bestehende Praktiken von Fischern zu überformen. Informationen zur Veränderung bindender Standards werden zwar vollumfänglich und aufwendig publiziert, jedoch werden diese oftmals nur ungenügend von den Betroffenen zur Kenntnis genommen. Ambitionierte policy-Vorhaben, wie die nachhaltige Ausrichtung der Fischerei, drohen an einer unwirksamen politischen Kommunikation zu scheitern. Der Beitrag betont die Notwendigkeit auf vorhandene Ressourcen, wie etwa lokale Netzwerke von Fischern, zurückzugreifen, um neue Richtlinien zu kommunizieren. Ziel ist dabei mittelbar *to re-shape concrete practices effectively.*

Da wir die Lektüre nicht weiter hinauszögern möchten, bleibt uns lediglich einen herzlichen Dank an die Reviewer für ihre großzügige Mitwirkung auszusprechen sowie allen Studierenden, die dem Call for Papers bzw. Essays mit eigenen Einreichungen gefolgt sind. Außerdem möchten wir Dr. Martin Herbers danken, der uns mit wertvollem Rat zur Seite stand.
Unser Dank gilt auch der Zeppelin Universtitätsgesellschaft (ZUG) sowie früheren Studentengenerationen für die finanzielle Ermöglichung dieser Ausgabe.

Wir wünschen eine anregende Lektüre,
Meta Cramer, Jan Morgenstern, Julius Oblong, Tobias Rochlitz und Martin Valdés-Stauber

# INHALTSVERZEICHNIS

## PAPER (BACHELOR- UND HUMBOLDT-JAHR-ARBEITEN)

**Dustin Voss:**
Entfremdung readressiert ..... 8

**Alexander Schilin:**
Die Europäische Union als Demokratie der Völker? –Normative Überlegungen zum Ob und Wie der Mitwirkung der europäischen Völker an der Willensbildung der EU ..... 16

**Annika Hoebbel**:
When climate protection pays off - the economic rationale in the UNFCCC climate negotiations ..... 22

## ESSAYS ZUM THEMA "ÜBERFORMUNGEN"

**Konstantin Veit**
Überformen? Aus Formen heraus! Zum Verhältnis von Humanität und völkerrechtlichem Formalismus in der Debatte zur Humanitären Motivation ..... 30

**Gloria Kraus**
The political communication of policy changes to stakeholders in the European Union based on the European fisheries sector ..... 36

# ENTFREMDUNG READRESSIERT.

DUSTIN VOSS.
*Sociology, Politics & Economics, 8. Semester*

## Zusammenfassung

Basierend auf Pierre Bourdieus Verständnis des Prekariats als *schichtenübergreifende* Verkörperung von Statusungewissheit versucht diese Arbeit, Karl Marx' Entfremdungstheorie an eine (vermeintlich) elitäre Arbeiterklasse kapitalistischer Gesellschaften – die Finanzmanager – zu readressieren.
Diese Strapazierung kann auf die oft gestellte Frage nach den Motivationsstrukturen der untersuchten Gesellschaftsgruppe eine unkonventionelle Antwort geben. Denn wie sich herausstellt, zeigt sich die marxsche Entfremdung insbesondere in der Funktionalisierung von zwischenmenschlichen Beziehungen und der Konstruktion einer sozial-anschlussfähigen Persönlichkeit im finanzelitären Arbeitsumfeld. Um dies qualitativ nachzuweisen, wird im Rahmen dieser Arbeit ein Narrativ konstruiert, dessen Grundlage ein umfangreiches Leitfadeninterview mit einem aktiven Top-Investmentbanker ist. Die Untersuchung zeigt, dass sich Marx in der Ursache und folglich in der Adressierung seines Problems geirrt haben könnte.

## Prekariat

Dieser Beitrag erhebt keinen Anspruch auf Generalisierbarkeit. Er beschreibt eine Vermutung und versucht diese auf Grundlage theoretischer Überlegungen und einem umfangreichen, qualitativen Leitfadeninterview mit einem Finanzmanager zu legitimieren. Warum ist es wichtig, dies zu betonen? Es wird sich zeigen, dass die formulierte Vermutung die Strapazierung der marxschen Entfremdungsthese beschreibt, die Readressierung seiner Arbeitstheorie, wie sie bislang noch nicht vorgenommen wurde. Der Begriff des *Prekariats* wurde insbesondere im Frankreich der 90er Jahre soziologisch diskutiert, als gescheiterte Integration, Ausschluss, Desintegration und Gewalt in den Banlieues der französischen Großstädte knisterten wie drohende Flächenbrände. In modern-kapitalistischen Gesellschaften befasst sich »die Debatte um Prekarisierung […] mit sozialen Exklusionsprozessen und Teilhabemöglichkeiten an Erwerbsarbeit« (Sander 2012). So ist das Verständnis zumeist schicht- und insbesondere einkommensabhängig, als ein Problem der Armut vorbelastet. Doch es muss festgestellt werden, dass rein rationalökonomische Erklärungen der Inklusion und Exklusion die gesellschaftliche Spannweite des Begriffes nicht abdecken können.

Robert Castel beschreibt die Gruppe der gesellschaftlichen Prekarier erweitert als sich »in Begriffen des Mangels – Mangel an Ansehen, Mangel an Sicherheit, Mangel an gesicherten Gütern und stabilen Beziehungen« manifestierend, zu welchen die individuell-ökonomische Lage sicherlich empirisch-signifikante Verbindungen aufweist – aber eben nicht nur ausschließlich.(Castel 2008) Denn anstelle eines phänomenologisch-messbaren monetären Wertes füllt Castel den Begriff (mehr oder weniger) empirisch mit der Bezeichnung der »Nutzlosen«(Castel 2008), als »Ort sozialer Aussichtslosigkeit«.[1]

Diese sozialperspektivische Interpretation bietet die Grundlage für eine Erweiterung der klassischen, ökonomisch-dominierten Prekaritätsthese, wie sie Pierre Bourdieu erstmals 1997 in einem Vortrag während der *Recontres européennes contre la précarité* in Grenoble auf eindrucksvollste Weise vollzog: »Es ist deutlich geworden, dass Prekarität heutzutage allgegenwärtig ist.« (Bourdieu 1996) In seinem Verständnis umschreibt der Begriff die Unmöglichkeit, Chancen wahrzunehmen und zukünftige Zeithorizonte zu aktualisieren, denn »die Zukunft [liegt] überhaupt im Ungewissen« (Bourdieu 1996). Durch die Verbindung der Parameter Zeit und Ungewissheit erhebt Bourdieu die Prekarität zum Organisationsproblem, entkoppelt von rein monetären Analyseinstrumenten, und öffnet deren Interpretationsspielraum schichtenübergreifend für die gesamtgesellschaftliche Anwendung. Prekarität ist nun überall verankerbar, denn sie verkörpert nichts Anderes als Statusungewissheit!

Nun drängt sich eine naheliegende und doch bisher abwegige Frage auf, welche im wissenschaftlichen Diskurs bislang nicht explizit gestellt wurde: Gilt der Prekaritätsbegriff möglicherweise auch für Angehörige der gesellschaftlichen Elite? Es folgt ein Versuch, die soziale Entfremdungstheorie von Karl Marx zu readressieren und explizit auf Finanzmanager anzuwenden.

[1] Vogel kommt zu folgendem Schluss, mit welchem er eine Generalisierung des Begriffs indirekt nahelegt: »Statusgefährdungen konzentrieren sich keineswegs mehr allein auf soziale Randzonen, sondern dringen tief in die Kernbereiche der Arbeits- und Sozialwelt ein. […] Das Prekariat wird in dieser Interpretation der Veränderungen des Sozialen zu einem Ort sozialer Ängste und Verunsicherungen. Die Prekarier repräsentieren die Abstiegsbedrohten und die durch Deklasssierung Gefährdeten"; Berthold Vogel, „Prekarität und Prekariat: Signalwörter neuer sozialer Ungleichheiten," APuZ 33-34 (2008): 14.

## Elite

*Elite* wird gemeinhin als extremer Gegenbegriff zum diskutierten Prekariat gebraucht. Als dieser wirft er jedoch in unserem Kontext ein Problem auf, denn wir müssen feststellen, dass das *Prekariat* keine empirische Menge der Gesellschaft beschreibt. Vielmehr muss man von Prekarität als Ordnungsproblem sprechen. Geht man in diesem Zusammenhang von der bourdieuschen These aus, dass Prekarität »überall« anzufinden ist, dann verliert der Begriff *Elite* als extremes, empirisches Gegengewicht an Aussagekraft.

Es mag paradox klingen, dass man im Auge dieses Begriffsverständnisses dennoch versucht, eine Personengruppe zu charakterisieren, welche diese erfüllt. Die (scheinbar-) elitäre Bevölkerungsgruppe der Top-Finanzmanager soll daher in diesem Kontext als lediglich *erwartbare* Gegengröße zum, von Marx ursprünglich adressierten, Prekariat (nämlich Proletariat) untersucht werden. Denn die hier Besprochenen erfüllen wohl die Definition einer »Funktionselite« (Hartmann 2004); mit ihrer hierarchischen Macht, ihrer Tätigkeit mit Alleinstellungsmerkmal, der besonderen Verantwortung, welche langfristigen, strategischen Entscheidungen innewohnen und ihrer einzigartigen Stellung im wirtschaftlichen Makrosystem. Weil für Banker einflussreiche Netzwerkverknüpfungen besonders entscheidend sind, werden durch ihre Funktion als Zwischenspieler spezielle Formen von grenzübergreifenden Verbindungen geschaffen, die Top-Manager anderer Branchen so vermutlich nicht vorweisen können. Die gesellschaftliche Frustration ob dieser Stellung wird wohl noch verstärkt durch die Tatsache, dass man sich dem Einfluss und der Abhängigkeit dieses Personenkreises partout nicht entziehen kann. Selbst wer kein Bankkunde ist, wird durch die gesellschaftsstrukturelle Funktion der Institutionen tangiert - sie ermöglichen das öffentliche Leben.

Keiner anderen „Elite“ kam in den letzten Jahren mehr öffentliche Aufmerksamkeit zu. Auf der Suche nach Motiven für die verheerenden Auswirkungen der durch untragbares Risiko ausgelösten Welt-Finanzkrise wurde sie zum Gravitationspunkt einer gesellschaftlichen Diskussion über Moral und Anstand. Doch was treibt diese Menschen an? Die klassische, rational-ökonomische Antwort auf diese Frage, welche längst in der gesellschaftlichen Wahrnehmung fest verankert scheint, lautet gemeinhin: Die Gier. Die unbändige Habsucht nach immer mehr Geld, welche immer größeres Risiko und immer höhere Gewinne verkörpern. Diese Vermutung trifft sicherlich den Kern des Problems, kann dessen Ursachen aber dennoch nicht erklären. Denn um die Gier als maßlose Emotion kausal zu instrumentalisieren, muss erklärt werden, *wieso* man gierig *wonach* ist. Geld, nur um des Geldes Willen, scheint in diesem Kontext aus der Perspektive der nicht überaus wohlhabenden Mehrheit plausibel zu klingen, aus der Perspektive der ohnehin schon Allbesitzenden allerdings keine allzu robuste Begründung zu liefern.

Wir nähern uns der zentralen Vermutung daher über einen weitestgehend unbeachteten, wissenschaftlich-belletristischen Hinweis. Der britische Journalist und Anthropologe Martin Page konstruiert in seinem Buch The Company Savage, die Idee der *archaischen Managementstrukturen.* Auf verblüffende Weise entwickelt er die Überlegung, dass sich die klassische Stammeszugehörigkeit als zentralster Baustein archaischer Identitäten auch auf Manager in Großunternehmen übertragen lässt. (Page 1972) Die Motivation der Führungskräfte könnte sich demnach zentral über Begriffe der In- und Exklusion definieren, wobei monetäre Anreize wie Geld, im Sinne Simmels als »absolutes Mittel«, lediglich als Proxy für Zugehörigkeit, Ansehen und Liebe der Institution funktionieren könnten. (Simmel 1999) Das zentrale Ziel des Top-Bankers ist in diesem Kontext nur mittelbar das Geld. Unmittelbar geht es ihm um mehr: um die unbestrittene Zugehörigkeit zu einer (elitären) Klasse, an welche er seine Identität und sein Selbstverständnis knüpft. Die Readressierung der Entfremdungstheorie von Karl Marx wird helfen, diese Vermutung zu schärfen.

## Vermutung

Eine Vermutung: im Sinne Bourdieus Verständnisses der Prekarität kann die marxsche Entfremdungstheorie dem Pauperismus entzogen und an elitäre Gesellschaftsteile – präziser (mindestens) an die funktionale Finanzelite – readressiert werden.

Auf die Porosität der Persönlichkeit (vgl. Negt 2003) wies Richard Sennett in *The Corrosion of Character* hin: »Die Bedingungen der Zeit im neuen Kapitalismus haben einen Konflikt zwischen Charakter und Erfahrung geschaffen. Die Erfahrung einer zusammenhangslosen Zeit bedroht die Fähigkeit der Menschen, ihre Charaktere zu durchhaltbaren Erzählungen zu formen.« (Sennett 2006) Prekarität beschreibt in dem hier besprochenen Kontext einen (Überlebens-) Kampf, verkörpert im Zusammenhang von Stelle und Identität, der in negativer Konsequenz in der Entfremdung des Arbeiters von seiner eigenen Identität gipfeln muss. Denn die Identität der Person manifestiert sich in der Arbeit, und diese zu verlieren ist inakzeptabel, bedeutet dies einen unmittelbaren Verlust der konstruierten Identität selbst. Karl Marx hat dieses kulturpessimistische Verständnis der Entfremdung konkretisiert, auch wenn er dessen Grundzüge weitgehend der hegelschen *Phänomenologie* des Geistes entnahm. Hegel verstand »das Wesen der *Arbeit* und den gegenständlichen Menschen, wahren, weil wirklichen Menschen, als Resultat seiner *eignen Arbeit*« (Marx 1974).

Von dieser Prämisse aus entwickelt Marx sein Verständnis der sozialen Entfremdung, welches zwangsweise Folge eines jeden klassischen Anstellungsverhältnisses sein muss, in welchem sich Produkt und Tätigkeit derart distanzieren, dass keinerlei Form von Fremdreferenz möglich bleibt, welche Selbstreferenz und Identität erlauben würde. Ohne jede Möglichkeit von identitätsstiftender Beobachtung steigen Individuen in eine Rekursivität ein, welche jede Distanzierungsfähigkeit unterbindet. Der Arbeiter entfremdet sich zum reinen Werkzeug, zum identitätslosen Produktionsfaktor. Seine Identität wird im Zuge seiner Kapitalisierung entpersonalisiert.

> »Eine unmittelbare Konsequenz davon, daß der Mensch dem Produkt seiner Arbeit, seiner Lebenstätigkeit, seinem Gattungswesen entfremdet ist, ist die Entfremdung des Menschen von dem Menschen. Wenn der Mensch sich selbst gegenübersteht, so steht im der andre Mensch gegenüber. Was von dem Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit, zum Produkt seiner Arbeit und zu sich selbst, das gilt von dem Verhältnis des Menschen zum andren Menschen, wie zu der Arbeit und dem Gegenstand der Arbeit des andren Menschen. Überhaupt, der Satz, daß der Mensch seinem Gattungswesen entfremdet ist, heißt, daß ein Mensch dem andern, wie jeder von ihnen dem menschlichen Wesen entfremdet ist. Die Entfremdung des Menschen […] drückt sich aus in dem Verhältnis, in welchem der Mensch zu d[em] andren Menschen steht.« (Marx 1974)

Marx adressiert mit diesem Prozess der sozialen Entfremdung klassischerweise das Proletariat, eine nicht empirische, normativ-negative Menge einer jeden Arbeitergesellschaft. Wie aber lässt sich die Entfremdungsthese als unleistbare Selbstreferenz auf elitäre Gesellschaftsstrukturen projizieren? Im sozialen Kontext funktioniert die Funktionalisierung über Kommunikation. Dabei beschreibt die Anschlussfähigkeit der Identität eines Individuums ein Inklusionsproblem. Im täglichen Kampf gegen die Exklusion findet der readressierte Entfremdungsbegriff seine Quelle. Niklas Luhmann erkennt dieses Problem. Über die funktionale Differenzierung im Rahmen einer systemtheoretischen Untersuchung schafft er eine Annäherung an den Prekaritätsbegriff über die Unterscheidung von Inklusion und Exklusion:

> »Die Unterscheidung Inklusion/Exklusion ist eine systeminterne Unterscheidung. Sie kann nur zur Ordnung der Kommunikation verwendet werden. Hier macht es aber einen Unterschied, ob Personen als mitwirkungsrelevant oder als nichtmitwirkungsrelevant bezeichnet werden. Im einen Fall hängt etwas davon ab, wie sie agieren und reagieren; im anderen Falle nicht.« (Luhmann 1995)

Systeminterne Inklusion definiert sich über Relevanz und Anschlussfähigkeit in kommunikativen Prozessen. In elitären Arbeitsstrukturen leitet sich diese Relevanz einzig und allein aus der Funktion – ergo der Funktionalität (dem kapitalisierbaren Nutzen) – der Person ab. Geht die Position verloren, ist Relevanz nicht aktualisierbar. Nur Exklusion kann die Folge sein. Den „Stamm", welchen Martin Page noch belletristisch beschreibt, kann man mit Hilfe Luhmanns Unterscheidung nicht-empirisch und doch präziser bestimmen. Er konstituiert sich in der Zugehörigkeit zu einer funktionalen Klasse, welche sich über Bedeutung, Mitwirkungsrelevanz und kommunikative Anschlussfähigkeit definiert. Die Konsequenz der Readressierung wird an diesem Punkt deutlich.

Wenn nur die Funktion der Person kommunikativen Anschluss finden kann, wirkt die eigene Identität störend, denn sie wirkt störend in Bezug auf die eigene Relevanz. (Luhmann 1995) Der hoffnungslos an seine Funktion gebundene Top-Finanzmanager entfremdet sich von sich selbst, um seine Nicht-Persönlichkeit anschließbar zu halten und seine Inklusion aktualisieren zu können. Aus der Divergenz von Identität und Nicht-Persönlichkeit ergibt sich ein kurzfristiges Potenzial extremen Statusverlustes. Eine wahrhaft prekäre Situation.

## Narrativ

Beobachtungen aus der finanzelitären Innenwelt verdeutlichen, wie die nicht-empirisch definierte Zugehörigkeit, verkörpert in Bedeutung, Mitwirkungsrelevanz und kommunikativer Anschlussfähigkeit, das zwischenmenschliche Dasein diktiert.[2] Die marxsche Entfremdung zeigt sich im Narrativ insbesondere in der Funktionalisierung von zwischenmenschlichen Beziehungen. Freundschaften werden hier nicht nur durch Professionalitätsnetzwerke abgelöst, sie kommen im Zweifel gar nicht erst zustande.

> „Und es ist ganz einfach, ich habe grade jetzt festgestellt, eine Kollegin von mir, von der ich länger nichts gehört habe, ist jetzt … in Singapur, ist jetzt CEO bei [Unternehmen]. Ehm, [überlegt kurz] da weiß ich nicht ob ich die benutze, ... aber es macht dann irgendwann einfach Ping und ein Netzwerkkontakt ist quasi wieder aktiviert. Kann sein, dass ich den nie wieder brauche, aber sie kennt mich und ich kenn sie.“ (Investmentbanker im Interview)

Bekanntschaften werden primär aus Gesichtspunkten der Nützlichkeit, ihrer Funktionalität betrachtet. Die Funktionalität ergibt sich in diesem Falle rein aus der CEO-Position bei einem marktrelevanten Unternehmen. Sie wird zum Zentrum des Zusammenseins und definiert die Identität der Einzelperson. Man verkörpert einen »Netzwerkkontakt«, der ähnlich einer Maschine bei Notwendigkeit »aktiviert«, sprich aus dem Sleep-Modus erweckt werden kann. Die Persönlichkeit wird zur beruflichen Ressource. Echte Freundschaften sind nicht möglich, weil ökonomisch nicht sinnvoll. Erzählerisch funktioniert der Diskurs über Zugehörigkeit zirkulär.

Denn die Narration offenbart zumeist erst, was Inklusion bedeutet, wenn Exklusion als Gegenbegriff mit Leben gefüllt wird. Erst wenn sich Individuen vor Augen führen, was auf dem Spiel stehen kann, wird die Relevanz von Identifikation, Anschlussfähigkeit und Bedeutung deutlich. Es scheint, als würde diese Form der Beobachtung erst durch eine gewisse Distanz ermöglicht, welche im aktiven Tagesgeschäft mit nicht aktualisierbaren Zeithorizonten und im Zustand der reinen Funktionalität, nicht geleistet werden kann. Gemeinhin kommt daher erst sogenannten Aussteigern dieses zweifelhafte Privileg zu.

> »Im Sterbehaus gibt es kaum noch Privilegien. Der Fahrer fährt einen morgens nicht mehr in die Vorstandstiefgarage. Der Aufzug fährt nicht mehr ohne Zwischenstopp nach oben. Einem früheren Vorstand hat die Bank bei seinem Auszug aus dem Turm den Schreibtischstuhl in Rechnung gestellt. Das hat diesen Mann sehr verletzt, und das lag nicht am Geld. Es lag am Gefühl der eigenen Bedeutung. Plötzlich war es nicht mehr da.«(Brost und Veiel 2015)

Der Verlust der Bedeutung, verkörpert durch Privilegien wie Geld, einen Fahrer, eine schwarze Vielfliegerkarte oder einen persönlichen Aufzug, kommt gleich mit der Einsicht, dass die Identität, welche man mit Fokus auf eine ideale Anschlussfähigkeit konstruierte, nur konstruiert war. Der Ausstieg, welcher dem Zusammenfall der konstruierten Nicht-Persönlichkeit vorausgeht, ist dabei erschreckenderweise systemisch institutionalisiert. Die Prekarität zeigt sich auch durch die Wette auf das Ende, welches garantiert kommt und doch meist überrascht:

[2] Das Narrativ wird aus drei separaten Beobachtungen konstruiert: (1) Ein anonymisiertes Leitfadeninterview mit einem Top-Finanzmanager, der bei mehreren internationalen Großbanken in leitenden Funktionen und Vorständen tätig war (nachfolgend „Investmentbanker M“ genannt); (2) Ein Vortrag zum *Ausstieg* des ehemaligen Investmentbankers Rainer Voss (2015), der seine Karriere im Dokumentarfilm *Master of the Universe* reflektierte; (3) Ein umfassend recherchierter Zeitungsartikel, zusammengestellt aus verschiedenen Interviews mit ehemaligen Vorständen der Deutschen Bank, welche der Leiter des ZEIT-Hauptstadtbüros Marc Brost in Zusammenarbeit mit dem Dokumentarfilmer Andres Veiel führte (2015).

„Und es ist dieses Pyramidenschema, ist natürlich so, wenn ich mir überleg ich habe meine erste globale Managementposition gehabt da war ich, ich will jetzt nicht lügen, da war ich 31. Ich kann jetzt nicht von 31 bis 67 irgendwie globale Führungspositionen da blockieren, weil, dann werden ja alle anderen unter mir dann sagen, der hört ja nie auf. Irgendwann will ich da ja auch mal hin. Und man darf ja in der Dynamik schon nicht vergessen, warum arbeiten Leute so viel, geben so viel von ihrem Dings ab, weil natürlich das Klassenziel schon irgendwie ist, zumindest in der Idealvorstellung, mal in dieser Position zu sein. *Das heißt, diese Position muss auch irgendwann mal freigegeben werden*. Und, ich sage mal, Goldman Sachs macht das ja auch relativ methodisch, wenn du Partner wirst bei Goldman, dann weißt du, du hast es erreicht, es ist aber so bei Goldman, da wird die erste Glocke zu deinem Ausstieg schon geläutet, wenn du sagst: Du bist jetzt Partner – und, enjoy it while it lasts." (Investmentbanker im Interview)

Es ist bezeichnend: Partner zu werden, die höchste Stufe der Pyramide zu erreichen, das institutionalisierte ‚Klassenziel', welches jedem Investmentbanker im Kontext unmenschlicher Arbeitsleistungen einen Rahmen gibt, entpuppt sich in Wirklichkeit als die Diagnose einer tödlichen Krankheit. Die Identität, welche ein Banker über Jahre begründet und weiterentwickelt, ist angezählt, sobald sie ihren Zenit der Funktionalität erreicht hat.

»Und dann gibt es ganz klar Leute, die das, wenn man will, auch ganz rational machen, und sagen: Ja Herr Meier interessiert mich nicht mehr. Es ist [überlegt, zögert] für viele, insbesondere ältere Manager, [kurze nachdenkliche Pause] ist es eine sehr bittere Erkenntnis, der Verlust *der Bedeutung und die Erkenntnis, dass die Bedeutung vorher in der Funktion und nicht in der Person gelegen hat*. Und natürlich ist das auch was anderes, wenn ich heute als M irgendwo anrufe oder als M Leiter [Bankhaus] Investmentbanking. Da leihe ich mir natürlich auch mit der *Funktion eine gewisse Bedeutung*, da sollte man sich nichts vormachen [Pause].« (Investmentbanker im Interview)

»[…] ich sag immer, wenn man aus Frankfurt nach London fliegt und auf dem Flieger kennt man keinen mehr, ich glaube dann ist man wirklich raus [lacht] oder, wenn ich hier Mittags über die Fressgass [Frankfurter Einkaufsmeile] gehe und ich treffe keinen mehr, nur im Zuwinken, ich glaube dann ist's auch vorbei. [schaut in die Luft, denkt nach, anschließend mit ruhigerer Stimme] Aber der Flieger nach London, das ist halt immer noch das Gravitationscenter im Investmentbanking in Europa. Wenn ich da jetzt wirklich keinen mehr kennen würde, dann … weiß man auch, dass man eben selber, und das ist ja auch ganz normal, das wird bei mir auch irgendwann mal so sein, dass du dann eben sagst:

Okay du bist jetzt wirklich zu dem Thema: *End of Lifestyle.*

**I [Interviewer]** Was bedeutet denn „raus sein"?
**M [Manager]** Ja raus sein, du hast ja nach dem Netzwerk gefragt. Das heißt das dann deine Netzwerkkontakte auch nicht mehr in der Form vorhanden sind, in der Funktion und damit du ja auch nicht mehr.« (Investmentbanker im Interview)

Die Entfremdung vom eigenen Selbst, wie Marx sie so bestechend für die proletarische Arbeiterklasse beschreibt, die Konstruktion einer funktionalen, anschlussfähigen Persönlichkeit, die keine ist, wird im Zustand der Exklusion für die elitäre Klasse deutlich.

»Der Tod, der bislang undenkbar schien, weil man ja noch vorher in die Abteilungsleitersitzung musste, wird plötzlich zu einer Möglichkeit. Die Arbeit, die tägliche Routine, die wie eine Wand zwischen uns und dem Ende stand, ist plötzlich verschwunden.« (Voss 2015)

Treffender und konsequenter kann die Prekarität der elitären Entfremdung nicht beschrieben werden.

## Schluss

Das Narrativ scheint die Vermutung zu bestärken. Marx mag recht gehabt haben, mit seiner Beschreibung des Phänomens der Entfremdung, dem Grundpfeiler seiner kapitalismuskritischen Philosophie. Doch vielleicht hat er sich in dessen Ursache und folglich in seiner Adressierung geirrt. Denn das klassischerweise angesprochene Proletariat, die nicht-empirische, negative Masse der Gesellschaft, die Marx in seiner klassenorientierten Beobachtung als prekäre, weil materiell unsichere Gesellschaftsschicht ausmacht, mag sein Verständnis von Entfremdung ebenso treffend erfüllen, wie der moderne, wohlhabende, weil finanzelitäre Investmentbanker. Die Readressierung der marxschen Entfremdungstheorie könnte insofern einen wichtigen, weil bislang kaum beachteten Ansatzpunkt für soziale Motivationsmuster von Top-Managern eröffnen. Die bis dato angebrachte Erklärung für unmoralisches Verhalten, die Gier nach Geld, erscheint zunehmend unterkomplex. Wenn monetäre Entlohnung und elitäre Privilegien nur einen Proxy für ein komplexeres Verlangen darstellen, gerät die individuell-rationale Erklärungskraft an ihre Grenzen. Ansehen und Relevanz, verkörpert in der kommunikativen Anschlussfähigkeit einer konstruierten Identität, beschreiben ein soziales Konstrukt, welches nicht alleinig an kapitalisierbare Güter, sondern unmittelbar an die ökonomische Funktionalität der Persönlichkeit selbst gebunden ist.

Die Prekarität, welche sich den betroffenen, ausschließlich kapitalisierten Individuen in diesem Kontext offenbart, schwächt die Überzeugungskraft des Habsuchtarguments. (Neckel 2011) Die Realität erscheint tragischer.Auf die Dimension der Tragik weist auch Pierre Bourdieu mit einer Vermutung hin. Unter dem Begriff der *Flexploitation* beschreibt er eine kapitalistische Herrschaftsform, welche Prekarität (Unsicherheit) zweckrational konstruiert, um »Widerstände zu brechen und Gehorsam und Unterwerfung durchzusetzen«, kurz um, eine Revolution zu verhindern. (Bourdieu 1998) Die sozial-hierarchischen Gefüge einer Investmentbank scheinen exakt diese Vermutung zu professionalisieren. Erst im Moment der Prekarität, der absoluten Ungewissheit ob des eigenen Status und der zukünftigen Anschlussfähigkeit, mit dem gesellschaftlichen Tod vor Augen, ist man zu allem bereit. Das Streben nach kommunikativer Anschlussfähigkeit, die Auflösung der individuellen Persönlichkeit in der permanenten Betonung der funktionalen Relevanz, wird so zum notwendigen Mechanismus. Die Prekarität muss im System institutionalisiert sein, denn ohne sie würde das abstruse Anreizsystem der ständigen Unsicherheit zerbrechen. Dabei handelt es sich jedoch nicht, wie hier lediglich besprochen, um ein Banken-, sondern um ein Gesellschaftsproblem.

## Literaturverzeichnis


Bourdieu, P.1998. „Prekarität ist überall.“ *In Gegenfeuer: Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, hrsg. Pierre Bourdieu. Konstanz: UVK.

Brost, M. und Andres V. 2015 „Sie nennen es Sterbehaus.“, *DIE ZEIT* Nr. 43/2015, 22. Oktober 2015. Zugegriffen 31. Oktober, 2015. URL: http://www.zeit.de/2015/43/deutsche-bank-frankfurt-westendmanager-aufsichtsrat/komplettansicht.

Castel, R. [1995] 2008. D*ie Metamorphosen der sozialen Frage: Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.

Goffman, E. [1952] 1997. „On Cooling the Mark Out: Some Aspects of Adaptation to Failure.“ In *The Goffman Reader,* hrsg. Charles Lemert und Ann Branaman, 3-20. Malden, Massachusetts: Blackwell.

Hartmann, M. 2004. *Elitesoziologie:* eine Einführung. Frankfurt am Main: Campus.

Henning, C. 2015. *Theorien der Entfremdung:* zur Einführung. Hamburg: Junius.

Luhmann, N. 1995. „Inklusion und Exklusion.“ In: Soziologische Aufklärung 6: D*ie Soziologie und der Mensch,* hrsg. Niklas Luhmann, 237-264. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Marx, K. [1844] 1974. *Ökonomisch-philosophische Manuskripte.* Leipzig: Reclam.

Neckel, S. 2011. „Der Gefühlskapitalismus der Banken: Vom Ende der Gier als ‚ruhiger Leidenschaft'.“ *Leviathan 39: 39-53.*

Negt, O. 2003. „Flexibilität und Bondungsvermögen: Grenzen der Funktionalisierung.“ In *Arbeit als Lebensstil,* hrsg. Alexander Meschnig und Mathias Stuhr. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Page, M. 1972. *Managen wie die Wilden: Die Stammesriten der Primitiven und der Führungsstil in unserer Wirtschaft – ein Vergleich, der überrascht.* München: Heyne.

Sander, N. 2012. *Das akademische Prekariat: Leben zwischen Frist und Plan.* Konstanz: UVK.

Sennett, R. [1900] 1999. *Der flexible Mensch.* Berlin: Berlin Verlag.

Simmel, G. [1900] 1999 *Philosophie des Geldes* Gesammelte Werke Bd. 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Vogel, B. 2008. „Prekarität und Prekariat: Signalwörter neuer sozialer Ungleichheiten.“ *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 33-34 : 12-18.

Voss, R. 2015. „Aussteiger: Helden oder Feiglinge?“ Vortrag im Rahmen der Bayreuther Dialoge, Institut für Philosophie, Universität Bayreuth, 25. Oktober 2015.

# DIE EUROPÄISCHE UNION ALS DEMOKRATIE DER VÖLKER? - NORMATIVE ÜBERLEGUNGEN ZUM OB UND WIE DER MITWIRKUNG DER EUROPÄISCHEN VÖLKER AN DER WILLENSBILDUNG DER EU

ALEXANDER SCHILIN,
*Politics, Administrations and International Relations, 8. Semester*

## Zusammenfassung

Trotz zahlreicher Reformen zur Stärkung des Europäischen Parlaments bleibt der Rat der EU, in welchem die Minister der nationalen Regierungen als Vertreter ihrer jeweiligen Mitgliedsstaaten über europäische Gesetze abstimmen, die bedeutendste Institution der europäischen Legislative. Der vorliegende Beitrag diskutiert einerseits die Notwendigkeit der Existenz einer solchen Institution und andererseits die Angemessenheit ihrer Konstitution. Es wird im Rahmen der Beantwortung der ersten Frage argumentiert, dass zur Herstellung einer Vereinbarkeit der in der EU gleichzeitig verwirklichten Prinzipien der Supranationalität und der Souveränität der Gliedstaaten ihr Verständnis als Demokratie der Völker (Demoikratie) notwendig ist. Dieses Verständnis macht eine Integration von Vertretern der Mitgliedsstaaten in die Willensbildung der EU unabdinglich. Die Kriterien für die Angemessenheit der Konstitution einer solchen Institution in einer Demoikratie lassen sich aus einer Abstrahierung der Anforderungen an Legislativinstitutionen in einer Demokratie auf die in der Demoikratie relevante zwischenvölkische Ebene gewinnen. Eine Anwendung dieser Kriterien auf den Rat der EU macht deutlich, dass dessen Konstitution der Verfassung der EU als Demoikratie nicht gerecht wird. Der Beitrag endet deswegen mit der Forderung nach einer umfassenden Reform jener.

## Einleitung

Mit der stetigen Konstituierung der EU erfuhr der europäische Nationalstaat eine politische Überformung ohne hierbei selbst entscheidend an politischer Bedeutung zu verlieren. Die Vertreter der mitgliedsstaatlichen Völker haben weiterhin den entscheidenden Einfluss auf die Willensbildung der EU. Ein Problem der demokratischen Legitimation dessen liegt in der damit effektiv geschehenden Übertragung von Kompetenzen der nationalen Legislative auf eine Versammlung der Exekutiven der europäischen Staaten (Gusy 1998). Im Rat der EU welcher, auch nach der in vielen Bereichen vollzogenen Einführung des Mitentscheidungsverfahrens und der damit einhergehenden Aufwertung des Europäischen Parlaments, das wichtigste Organ der gemeinschaftlichen Gesetzgebung bleibt, entscheiden die Minister der Nationalregierungen darüber, was ein auf dem Territorium der EU bindendes Gesetz wird. Somit bekommen Mitglieder der Exekutive auf der europäischen Ebene das, was zuvor auf der nationalen Ebene nur den direkt gewählten Parlamentariern zustand: die Gesetzgebungskompetenz für verschiedenste Politikbereiche. Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, ob diese Organisation der Mitwirkung der Völker an der Willensbildung über den Rat der EU der Konstitution der Völkergemeinschaft angemessen ist. Bevor sich dieser Frage zugewendet werden kann ist jedoch zunächst zu klären, ob die Integration der Völker in die Willensbildung der EU aus normativer Perspektive überhaupt notwendig ist.

## Sollten die Völker in die Willensbildung der EU integriert werden?

Der Beitrag von verschiedenen Instrumenten zur Legitimation von Entscheidungen hängt von der Konstruktion des jeweils betrachteten Staatsgefüges ab. Zur Staatlichkeit der EU existiert in der Wissenschaft ein breites Repertoire an Verständnissen[1]. Ihnen gemeinsam ist die Feststellung, dass die EU ihren Mitgliedsstaaten den in Zeiten der Globalisierung notwendigen Handlungsspielraum zur Schaffung von bindenden Gesetzen auf transnationaler Ebene zur Verfügung stellt, ihnen jedoch gleichzeitig durch entscheidende Abweichungen vom Modell des Bundesstaates ihre Souveränität lässt (Habermas 2012). Wie ein Staat[2] kann die EU direkt Gesetze mit unmittelbarer Bindungswirkung für jeden EU-Bürger verabschieden und hat hierfür eigene Institutionen der Willensbildung und Gesetzesauslegung. Durch die Verortung der Kompetenz-Kompetenz bei den Mitgliedsstaaten und deren ständige Möglichkeit zum Austritt fehlt es den Institutionen der EU jedoch an Souveränität. Diese verbleibt bei den Mitgliedsstaaten. (BVerfGE 89, 155). Ein Ansatz zur Legitimation von Entscheidungen der EU, muss Möglichkeiten aufzeigen wie sich diese Eigenschaften miteinander vereinbaren lassen.

[1] Eine Reproduktion und Diskussion der hierbei relevanten Theorien leistet Caporaso (1996)

[2] Definition des Staates im Sinne von Nawiasky (1920)

**Beiträge gängiger Theorien zur Legitimation von Entscheidungen auf europäischer Ebene:**

Mit diesem Anspruch werden zunächst die gängigsten Ansätze zur Legitimation von Entscheidungen durch In- oder Output untersucht. Die Unterscheidung zwischen diesen beiden Ansätzen wurde von Scharpf (1999) geprägt. Während im Input-Ansatz Entscheidungen durch ein faires Zustandekommen legitimiert werden, rechtfertigen sich Entscheidungen im Output-Ansatz durch ihre Effektivität und Effizienz im Hinblick auf das jeweils zu lösende Problem.

Über die Frage welcher dieser beiden Ansätze zur Legitimation von Entscheidungen auf europäischer Ebene angemessen ist, gibt es verschiedene Ansichten. Scharpf selbst meint, dass die EU Entscheidungen nur durch den Output legitimieren könne. Zur Realisierung des Input-Ansatzes fehle die Gemeinschaft der europäischen Bürger (ebd.). Zustimmung erhält er von Majone. Er versteht die EU als die Folge einer Nachfrage der Nationalstaaten nach Institutionen, um die Reformen der Wirtschaftsregulierung pareto-effizient, d.h. ohne das Aufkommen von Verlierern gestalten und implementieren zu können (1994). Auf dieser Basis identifiziert er das Experten- und Bürokratentum in der EU als dem Zweck ihrer Gründung angemessen (1998).

Gegen dieses Verständnis sprechen sich Follesdal und Hix (2006) aus. Nach ihrer Ansicht gibt es in den von der EU geregelten Politikbereichen sehr wohl potenzielle Verlierer, sodass Entscheidungen in diesen Bereichen nur in Prozessen mit demokratischer Legitimation getroffen werden sollten. Demokratische Legitimation entstehe durch das Zustandekommen von politischen Entscheidungen im fairen Wettbewerb verschiedener Alternativen auf der jeweils betrachteten Ebene. Diesen gäbe es in der EU kaum, da die Wahlen zum Europäischen Parlament von den Wählern eher zur Abstrafung von nationalen Regierungen als zur Kundgebung ihres Willens über die Politik der EU genutzt werden (Hix and Marsh 2007) und sich Wahlsiege in den Ämterverteilungen nicht widerspiegeln würden (Hix 2008). Die Auflösung dieser Missstände sei notwendig und zwar auch, weil sie zur Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit führe, welche zur Willensbildung der EU-Bürger über europäische Politik und zu einem Zusammenwachsen der europäischen Bürger zu einer politischen Schicksalsgemeinschaft notwendig sei (hierzu auch Habermas 2006).

Beide Ansätze können die Beibehaltung der Souveränität der europäischen Nationalvölker nicht mit der Selbstständigkeit der europäischen Institutionen vereinbaren. Der Ansatz von Majone und Moravcsik (2002), die Entscheidung über bestimmte Bereiche mithilfe der europäischen Institutionen aus dem demokratischen Diskurs auszulagern, und sie gleichzeitig über die Kompetenz-Kompetenz für die Nationalstaaten kontrollierbar zu halten, lässt auf ein unvollständiges Verständnis des Begriffs der Volkssouveränität schließen.

Diese drückt sich nicht nur in der Rolle des Volks als verfassungsgebende Gewalt, sondern auch in der Möglichkeit aus, alle Entscheidungen auf den Willen des Volkes sowohl inhaltlich, als auch personell zurückzuführen (Böckenförde 1991a). Dies kann der Ansatz der Output-Legitimation nicht garantieren. Der Ansatz der Input-Legitimation zielt auf die Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit und damit auf die Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls zwischen den europäischen Bürgern ab. Dieses Aufkommen einer europäischen Gemeinschaft, würde jedoch die Souveränität der nationalen Gemeinschaften bedrohen. Stellt ein geeintes europäisches Volk den Anspruch auf Selbstbeherrschung würde es zwangsläufig auch den Anspruch auf die Kompetenz-Kompetenz stellen, welcher als ein Grundaspekt der Souveränität zu identifizieren ist (Jellinek 1882) und deswegen bei den Völkern der Mitgliedsstaaten verortet ist.

**Beitrag eines Verständnisses der EU als Demoikratie:**

Als Alternative zu diesen Ansätzen stellt sich die Theorie von der Demokratie der Völker, der Demoikratie (Cheneval 2011, Nicolaïdis 2004), dar. Sie identifiziert die Existenz eines gesamteuropäischen Volkes zur Realisierung der EU als nicht notwendig (Nicolaïdis 2004). Da die EU nicht aus dem Hervorkommen eines neuen Souveräns, sondern aus dem Bedarf verschiedener Souveräne, bestimmte Probleme mit transnationaler Dimension, gemeinsam zu lösen entstanden sei, müssten diese in den hierzu geschaffenen Institutionen ihre Souveränität bewahren können.

Die EU solle deswegen Institutionen bereitstellen, die es den europäischen Völkern erlauben, gemeinsam und gleichberechtigt zu regieren ohne hierbei als eine Einheit zu fungieren (Cheneval, Lavenex, and Schimmelfennig 2015). Ein reiner Zusammenschluss von Völkern in einer gemeinsamen Kammer würde jedoch dazu führen, dass das Recht der europäischen Bürger auf gleiche Partizipation an der Willensbildung von sie betreffenden Gesetzen verletzt werden würde. Zur Akquirierung von Prinzipien, denen der Aufbau dieser Institutionen genügen muss, lässt Cheneval deswegen Vertreter der europäischen Völker und Bürger in einer hypothetischen Versammlung unter dem Schleier des Nichtwissens (Rawls 2005) zusammenkommen. Logisch erschließt er sich, dass sich in einer solchen Versammlung auf die Fortexistenz der Souveränität der Völker in der Union geeinigt werden würde. Die Völker hätten damit immer die Möglichkeit aus der Völkergemeinschaft auszutreten und besäßen die alleinige Macht zur Definition der, in den gemeinsamen Institutionen behandelten, Politikfelder. Des Weiteren würde sich auf einen Vorrang von multilateralen gegenüber nationalen Gesetzen geeinigt werden. Richter müssten dann im Falle eines Konfliktes zwischen nationalem und gemeinschaftlichem Recht auf letzteres zurückgreifen. Hierdurch würde sichergestellt werden, dass sich alle Völker an die gemeinsam gebildeten Regeln halten. Außerdem würde in der hypothetischen Versammlung bestimmt werden, dass sich auf solche Regeln unter der Bedingung der gleichberechtigten Repräsentation von Völkern und Bürgern geeinigt werden müsste. Dies führe zum Aufbau der Legislative aus zwei gleichberechtigten Institutionen in denen jeweils die Völker oder die Bürger ein effektiv gleiches Stimmrecht hätten. Jochum & Petersson (2007) fügen dieser Aufzählung noch den Verantwortungszusammenhang hinzu. Die Bürger Europas sollten ihren Repräsentanten auf europäischer Ebene die Verantwortung für bestimmte Entscheidungen zuordnen und sie hierfür zur Rechenschaft ziehen können. In dieser Aufstellung zeigt sich, dass es diese Theorie schafft, die Souveränität der Völker mit der Supranationalität der EU zu vereinbaren. Hierbei wird deutlich, dass dies nicht ohne eine Repräsentation der Völker in der Legislative der EU möglich ist. Die Völker der Mitgliedsstaaten sollten an der Willensbildung der EU teilhaben.

## Ist die Organisation der Mitwirkung der Völker über den Rat der EU angemessen?

### Herleitung von Kriterien einer angemessenen Form der Mitwirkung der Völker in einer Demoikratie:

Wörtlich übersetzt verlangt die Demoikratie die Herrschaft (kratos) der Völker (demoi) über sich selbst. Um die Implikationen dieser Übersetzung zu verstehen, werden nun die Implikationen der Übersetzung des gängigeren Begriffes der Demokratie auf die in der Demoikratie relevante zwischenvölkische Ebene abstrahiert.

Sie lautet Herrschaft (kratos) des Volkes (demos). Unter dem Begriff „Volk“ wird in diesem Fall die Gesamtheit von Individuen verstanden, die sich zu einer Gemeinschaft zusammenschließen, um gemeinsam politische Angelegenheiten zu regeln. Zur Durchführung dessen bildet sie einen Staat da dieser bestimmte Mittel zur Bildung und Durchsetzung des Volkswillens bereithält. Der Staat ist demnach zur praktischen Durchführbarkeit der Selbstherrschaft des Volkes geschaffen worden (Hobbes 1994). Für alle Entscheidungen in diesem Staat gilt daher, dass sie auf den Willen des Volkes zurückführbar sein müssen (Böckenförde 1991a). Operationalisiert bedeutet dies, dass sie von vom Volk entweder unmittelbar oder mittelbar gewählten Repräsentanten in Mehrheitsentscheidungen unter der Voraussetzung der gleichen Chance auf Mehrheiten getroffen werden (Jochum 1997). Diese Repräsentanten müssen in einem Verantwortungszusammenhang mit den Bürgern stehen. Das bedeutet, dass ihnen Entscheidungen zurechenbar sein und sie für jene zur Rechenschaft gezogen werden können sollten. In nationalen Demokratien wird dies durch die Öffentlichkeit politischen Handelns und das periodische Abhalten von Wahlen gewährleistet. Auf diese Weise kann der Bürger die Handlungen seiner Repräsentanten kontrollieren und sie regelmäßig hierfür sanktionieren (Böckenförde 1991b).

Wendet man diese Implikationen auf die Übersetzung des Begriffes der Demoikratie an, so kommt man zu dem Ergebnis, dass hierunter die Selbstbeherrschung einer Völkergemeinschaft zu verstehen ist. Als „Völkergemeinschaft“ versteht man hierbei eine Gesamtheit von Völkern, die sich zu einer Völkergemeinschaft zusammenschließen, um bestimmte politische Angelegenheiten gemeinsam zu regeln.

Wiederum wird der Staat als Instrument zur praktischen Durchführbarkeit dieser Selbstbeherrschung gegründet. Wiederholt gilt deswegen, dass alle Entscheidungen auf den Willen der Gründergemeinschaft, der Völkergemeinschaft, zurückführbar sein müssen. Entsprechend fordern die Autoren, dass auf der europäischen Ebene von den jeweiligen Völkern mittelbar oder unmittelbar gewählte Repräsentanten nach dem Prinzip der Mehrheit und mit gleichem Stimmrecht Entscheidungen treffen (Cheneval 2011). Diese Repräsentanten sollen in einem Verantwortungszusammenhang mit ihrem jeweiligen Völkern stehen, d.h. ihre Entscheidungen unter der Beobachtung ihrer jeweiligen Völker treffen und sich hierfür auch von ihnen zur Verantwortung ziehen lassen (Jochum and Petersson 2007).

Ein Aspekt ist diesem Forderungskatalog allerdings noch hinzuzufügen (Schilin 2016). Bei genauerer Analyse des Konstrukt der Legitimation von Repräsentanten durch Wahlen wird offensichtlich, dass Repräsentanten ihre Macht nicht durch beliebig viele Schritte auf eine direkte Wahl durch das Volk zurückführen können. Die angemessene Länge der Legitimationskette (Böckenförde 1991a) hängt davon ab wie weitreichend die aus dem Legitimationsakt hervorgehenden Herrschaftsbefugnisse sind. Je weitrei-chender die Befugnisse sind, desto unmittelbarer muss das Mandat des jeweiligen Repräsentanten auf eine Abstimmung des Volkes zurückzuführen sein. Hierbei gilt, dass gleiche Befugnisse auch die gleiche Kürze der Legitimationskette notwendig machen. (Sommermann 2005).

Wendet man dieses Prinzip nun auf die europäische Ebene an, folgt daraus, dass die dortigen Repräsentanten sich für ihre Mitgliedschaft in der Legislative lediglich über solche Akte legitimieren können, die denen zur Legitimation von Mitgliedern der nationalen Legislativen hinsichtlich ihrer Entfernung von einer direkten Volksentscheidung gleichkommen. Dies folgt auch aus der hier verfolgten Intention, die Integration der europäischen Staaten in die EU mit dem Erhalt der Souveränität ihrer Völker zu vereinbaren. Würde durch die Integration eines Staates die Legitimationskette von Repräsentanten, die über unmittelbar geltende Gesetze entscheiden, vergrößert werden, verlören dessen Bürger an Zugriff auf ihre Repräsentanten und somit an der Fähigkeit der Herrschaft über sich selbst.

**Anwendung der Kriterien auf die Konstitution des Rats der EU:**

Analysiert man die Konstitution des Rat der EU im Hinblick auf die zuvor festgehaltenen Prinzipien ist festzustellen, dass diese kaum eingehalten werden. Über das durch den Vertrag von Lissabon eingeführte Abstimmungsrecht, welches für die Verabschiedung von Gesetzen im Rat der EU eine Mehrheit von 55% aller Völker und 65% der europäischen Bevölkerung notwendig macht, bekommen größere Länder eine überproportionale Bedeutung, was gegen den Grundsatz der Gleichheit aller Völker verstößt. Hinzu kommt, dass durch die im Vertrag Lissabon getroffenen Vereinbarungen zwar alle Sitzungen des Rats, die Abstimmungen der Minister über allgemein verbindliche Gesetze beinhalten öffentlich stattfinden müssen, jedoch die Beratungen zu Entscheidungen des Rats der EU, die meist zwischen den Vertretern der Minister (COREPER) abgehalten werden, auch nach diesen Reformen hinter verschlossenen Türen stattfinden. Dies verhindert die Möglichkeit einer Zurechenbarkeit von Entscheidungen auf bestimmte Volksrepräsentanten, insbesondere vor dem Hintergrund der Existenz von sog. package deals (Moravscik, 1993). Zuletzt verstößt die Tatsache, dass Minister im Rat der EU die Aufgabe von Parlamentariern wahrnehmen, gegen das Prinzip der Angemessenheit der Länge der Legitimationskette. Während Mitglieder der nationalen Legislative ihr Mandat aus einer direkten Volksabstimmung erhalten, ziehen die Mitglieder dieses Teils der europäischen Legislative ihr Mandat aus der Ernennung durch die nationalen Regierungschefs. Die europäischen Völker verlieren durch die europäische Integration also an Zugriff auf ihre Repräsentanten.

Um die Integration in die EU mit dem Erhalt der Souveränität der Völker zu vereinbaren, benötigt es also grundlegende Reformen des Rats der EU. Er sollte in eine Versammlung von direkt gewählten Repräsentanten der europäischen Völker, die öffentlich tagen und mit jeweils gleichem Stimmrecht Entscheidungen treffen, umgewandelt werden. Die Konstitution des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika könnte hierbei als Vorbild dienen.

## Fazit

Die europäische Integration verursachte in den letzten Jahrzehnten eine zunehmende Verlagerung von Gesetzgebungskompetenzen in verschiedenen Politikbereichen von den nationalen Legislativen auf eine europäische Legislative. Letztere wird trotz einer immer weiter voranschreitenden Stärkung des europäischen Parlaments immer noch von einer Versammlung von Mitgliedern der nationalen Exekutiven, dem Rat der EU dominiert. Vor diesem Hintergrund wurden sich zwei Fragen gestellt: Ist die Mitbestimmung der Völker an der Willensbildung der EU überhaupt notwendig und wenn ja, ist die Organisation dessen über den Rat der EU der Konstitution der Völkergemeinschaft angemessen? Zur Beantwortung der ersten Frage wurden die Aussagen verschiedener Theoretiker über die Legitimation von Entscheidungen auf europäischer Ebene diskutiert. Die Theorien der Legitimation von Entscheidungen auf europäischer Ebene über In- oder Output konnten hierzu keine relevanten Beiträge leisten. Sie schaffen es aus verschiedenen Gründen nicht, die Souveränität der europäischen Völker in der Union mit der Selbstständigkeit der europäischen Institution zu vereinbaren und verletzen damit das grundlegende Prinzip der aktuellen Staatskonstruktion der EU (Habermas 2012). Erst die Theorie von der EU als Demoikratie schafft die gleichzeitige Realisierung dieser Bedingungen. Hierbei zeigt sie, dass eine Repräsentation der Völker in der Legislative einer solchen Völkergemeinschaft unbedingt notwendig ist.

Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass die Gesetze zwar durch den gemeinsamen Staat ausgeführt, jedoch von ihrem Inhalt her auf den gemeinsamem Willen der Völker rückführbar sind. Zur Beantwortung der zweiten Frage wurde zunächst ein Kriterienkatalog für eine der Konstitution der EU als Demoikratie angemessenen Organisation der Teilhabe der Völker an ihrer Willensbildung erstellt. Die Abstrahierung der sich aus der Übersetzung des Begriffs der Demokratie ergebenen Implikationen auf die in der Demoikratie relevante zwischenvölkische Ebene ergibt die Notwendigkeit eines effektiv gleichen Stimmrechts aller Völker. Des Weiteren müssen die Repräsentanten der Völker unmittelbar oder mittelbar aus Wahlen hervorgehen, von ihren jeweiligen Völkern zur Verantwortung gezogen werden können und eine ihren Kompetenzen angemessene Länge der Legitimationskette vorweisen. Die Konstitution des Rats der EU kann diesen Kriterien nicht genügen. Es werden umfassende Reformen zur Realisierung einer angemessenen Organisation der Mitwirkung der Völker an der Willensbildung der EU angeraten. Dies würde den, bereits in den vergangenen Vertragsreformen durch die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments angestoßenen, Demokratisierungsprozess der EU um eine entscheidende Dimension erweitern.

## Literaturverzeichnis


Böckenförde, E.W. 1991a. "Demokratie als Verfassungsprinzip." *Staat, Verfassung, Demokratie: Studien zur Verfassungstheorie und zum Verfassungsrecht.* Vol. 953. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Böckenförde, E.W. 1991b. "Demokratie und Repräsentation." *Staat, Verfassung, Demokratie: Studien zur Verfassungstheorie und zum Verfassungsrecht*. Vol. 953. Berlin Suhrkamp Verlag.

Caporaso, J.A. 1996. "The European Union and forms of state: Westphalian, regulatory." *Journal of Common Market Studies, 34: 29.*

Cheneval, F. 2011. *The Government of the Peoples: On the Idea and Principles of Multilateral Democracy:* Palgrave Macmillan.

Cheneval, F., Lavenex S. and Schimmelfennig F. 2015. "Demoicracy in the European Union: principles, institutions, policies." *Journal of European Public Policy 22:* 1-18.

Follesdal, A., and Hix S. 2006. "Why there is a democratic deficit in the EU: A response to Majone and Moravcsik." *JCMS: Journal of Common Market Studies, 44: 533-562.*

Gusy, C. 1998. "Demokratiedefizite postnationaler Gemeinschaften unter Berücksichtigung der EU." *Zeitschrift für Politik, 45: 267-281.*

Habermas, J. 2006. "Why Europe needs a constitution." *New left review: 17.*

Habermas, J. 2012. "Die Krise der Europäischen Union im Lichte einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts- Ein Essay zur Verfassung Europas." *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Band 72.*

Hix, S. 2008. "What's Wrong With the European Union and How to Fix It." Londres: Polity Press.

Hix, S., and Marsh M. 2007. "Punishment or protest? Understanding European parliament elections." *Journal of Politics*, 69: 495-510.

Hobbes, T. 1994. *Leviathan: with selected variants from the Latin edition of 1668.* Indianapolis [u.a.]: Hackett.

Jellinek, G. 1882. *Die Lehre von den Staatenverbindungen.* A. Hölder .

Jochum, G. 1997. *Materielle Anforderungen an das Entscheidungsverfahren in der Demokratie.* Beiträge zur politischen Wissenschaft. Band 100. Berlin: Duncker & Humblot .

Jochum, G, and Petersson N. P. 2007. "Vom "Mitregieren" zu demokratischer Legitimation: Institutionelle Architketur und politische Legitimation im Vereinten Europa." Georg Jochum, Niels P. Petersson, Wolfgang M. Schröder und Katrin Ulrich (Hrsg): *Legitimationsgrundlagen einer europäischen Verfassung. Von der Volkssouveränität zur Völkersouveränität, Schriften zum europäischen Recht.* Berlin: Duncker & Humblot.

Majone, G. 1994. "The rise of the regulatory state in Europe." *West European Politics* 17: 77-101.

Majone, G. 1998. "Europe's 'democratic deficit': The question of standards." *European law journal* 4: 5-28.

Moravcsik, A. 1993. "Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach." *JCMS: Journal of Common Market Studies,* 31(4): 473-524.

Moravcsik, A. 2002. "Reassessing legitimacy in the European Union." JCMS: *journal of common market studies*, 40: 603-624.

Nawiasky, H. 1992. *Der Bundesstaat als Rechtsbegriff.* Tübingen: Mohr.

Nicolaïdis, K. 2004. "The new constitution as european 'demoi-cracy'?" *Critical Review of International Social and Political Philosophy*, 7: 76-93.

Rawls, J. 2005. *Political liberalism.* New York: Columbia University Press.

Scharpf, F. W. 1999. R*egieren in Europa: Effektiv und demokratisch?* Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Schilin, A. 2016. *Die Europäische Union - Eine Demokratie der Völker? Eine normative Analyse über die Notwendigkeit und die angemessene Form der Mitwirkung der Völker an der Willensbildung der EU.* Bachelorarbeit an der Zeppelin Universität ( nicht veröffentlicht)

Sommermann, K. P. 2005. *Artikel 20.* Grundgesetz Kommentar. Friedrich Klein, Herman von Mangoldt und Christian Starck. (Hrsg.) Band 2: 1-162.

# WHEN CLIMATE PROTECTION PAYS OFF - THE ECONOMIC RATIONALE IN THE UNFCCC CLIMATE NEGOTIATIONS

ANNIKA HOEBBEL

*Political Administration & International Relation, 8. Semester*

## Abstract

This thesis analyses how economic factors have influenced countries' stances in the UNFCCC climate negotiations at COP21 in Paris in 2015 in comparison to COP15 in Copenhagen in 2009. A comparative case study design using the congruence method is employed to closely investigate the negotiation stance of the United States, China and India. By drawing on literature from international relations, game theory, public choice and international political economy, a theoretical framework is developed. This enables the derivation of two hypotheses regarding the relation of countries' behavior in negotiations, economic interests of the countries, and private capital. While the operationalization of the economic factors focusses on energy markets, qualitative content analysis serves to build a comprehensive indicator of the countries' stance in negotiations. The major findings of this thesis are that the perception of green policies as a competitive advantage fosters cooperative behavior among countries in the UNFCCC climate negotiations. Moreover, private capital flows play a major role in effective negotiations.

## Introduction

The climate accord reached at the Climate Conference in Paris in December 2015 (COP21) has been praised as the beginning of a fundamental shift in the way the global community acts about climate change (Frankfurt School-UNEP Centre & BNEF 2016). However, the emergence of such an accord was not at all self-evident due to a strong divergence of interests on many important issues (Costantini et al. 2016; Dröge 2015; Stokman and Thomson 2015). At the conference of the parties in Copenhagen 2009 (COP15), the expectations to decide on a legally binding post-Kyoto framework were as high as in Paris. Nonetheless, the failure to achieve an agreement even with high-profile attendance was remarkable. In this context, Dröge (2015) and the Frankfurt School-UNEP Centre & BNEF (2016) point out that the economic circumstances have changed significantly between 2009 and 2015.

Thus, the research interest of this thesis is twofold: first, how has the change of the general economic situation of the countries influenced their behavior in the negotiations? Second, what role did the private sector, private capital, and the increasing realization of the costs of unmitigated climate change play in this context?

Despite the importance of the climate summit, surprisingly little research has been conducted to explain the behavior of the countries in the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) negotiations. In the context of this research project, I find four strands of literature especially useful: the mapping of interests of the countries according to structural characteristics, modelling of the negotiation setting following theoretical frameworks, analytical descriptions of the domestic interests of single countries, and research relying on original data of the UNFCCC negotiations.

While each of these approaches can deliver insights either on statical factors explaining interests or on some dynamic processes, neither method is fully sufficient to explain how domestic and international shifts influence negotiation positions and international decision making. In particular, the interdependency of economic forces and the behavior of states has not been thoroughly analyzed yet.

This thesis aims to close this research gap by uniting different theoretical approaches and analyzing COP15 and COP21 empirically. It investigates how economic factors (independent variable) have influenced the stance of the countries in the UNFCCC climate negotiations at COP21 in Paris in comparison to COP15 in Copenhagen (change in countries' stance = *dependent variable*).

## Theoretical foundation

The proposed theoretical framework draws from literature of international relations, specifically neorealism, game theory, public choice theory, environmental economics as well as international political economy. This broad approach is necessary since the research on international regimes and negotiations suffers from a strong separation of the disciplines (Newell and Paterson 2010). In order to avoid a similar limitation, the section is structured by guiding questions instead of strictly following literature strands: first, what are the characteristics of the international sphere and the UNFCCC negotiations? Second, what factors influence the preferences of the countries? Third, how are the actions of the states and economic factors interrelated? Following neorealist and game theory I assume that a considerable amount of the negotiation behavior of states is driven by rational self-interest.

Albeit the states are partly bound by an international governance regime, climate negotiations remain a power game with unevenly distributed power resources. The nature of a climate agreement as a public good entails that incentives for unilateral action are scarce. It is improbable that states would voluntarily concede in the negotiations, although the global problem of climate change is imminent. (Dyer 2014; Morgenthau 2006; Waltz 1979)

The underlying national interest is formed by a variety of domestic and international factors that mutually shape each other. While structural factors, especially regarding vulnerability and mitigation capacity, determine a baseline interest, domestic politics and interest groups can strongly influence national politics. Nonetheless, international and domestic changes often go hand in hand, which has to be taken into account when tracking single policy decisions or negotiation positions, the *environmental foreign policy* of states (Buys et al. 2009; Costantini et al. 2016; Olson 2002; Putnam 1988; Sprinz and Vaahtoranta 1994).

According to political economy theory, the state and the markets are closely intertwined. State policies, legislation and regulation have important ramifications for the economy and determine business decisions. Furthermore, the state can use investments and regulation to achieve its goals. Conversely, business interests highly influence politics and the position and actions of states. (Lindblom 2008; Newell and Paterson 2010) On a global level, economic forces constitute a major obstacle to climate change abatement due to carbon lock-in, but could at the same time be the central driver for fundamental shifts, if steered into the right direction (Gramelsberger 2011; IEA 2007).

The presented theoretical findings are merged and combined with empirical observations to develop two hypotheses on how economic factors might influence the countries' negotiation behavior in the UNFCCC negotiations.

**Hypothesis 1 (H1):** *The more a country understands green policies on the domestic level as a competitive economic advantage, the more cooperative it will behave in international climate negotiations.*

**Hypothesis 2 (H2):** *The more the private industry invests in green assets, the more cooperative the country's stance in climate change negotiations becomes.*

## Conceptual design

I employ a structured, focused comparison case study design using the congruence method: several cases are each individually analyzed, only in the last step the results are drawn together and compared according to the common theoretical framework. This method allows for simultaneous theory development and descriptive analysis of different empirical cases. Furthermore, it is especially recommended in international relation studies that involve black-box decision making and strategic interaction. (George and Bennett 2005)

To facilitate the operationalization of the complex variables of the theoretical frame, I propose two different methods: Regarding the influence of markets, I limit the study to tracing developments in the energy sector, specifically regulatory changes and energy investments numbers. In doing so, I specifically rely on the comprehensive Bloomberg New Energy Finance (BNEF) data base (Bloomberg LP 2016).

In order to allow an in-depth understanding of the shifts of negotiation positions, a comprehensive indicator set is developed (see appendix 1). I decided not to focus on one original data set as many scholars in this field do. Instead, I employ a variety of different sources such as original UNFCCC documents, general strategic analyses, as well as media and academic reports describing the negotiation processes, following the method of qualitative content analysis of Mayring (2002). Using the technique of inductive category building (Gehrmann 1980), I first established four dimensions relevant for my indicator, namely general interest, negotiation behavior, factual changes, and domestic support of the negotiation position. With these four dimensions in mind, I coded recurrent themes in the literature and built 12 final categories. In a last step, I rated the "cooperativeness" of the countries in each dimension on a scale from low (1) to high (5) (see also Bailer and Weiler 2015).

To enhance the representativeness of the sample, I consider the diverse case method (Gerring 2008) as the best possible option. Taking into account various complications in the UNFCCC negotiations,

I have decided to choose countries that fulfill the following criteria: first, they should be equally powerful in the negotiations to allow for focused comparison; second, they should represent both developed as well as developing countries to represent the structural cleavage in the negotiations; third, the proxy of their stance in the UNFCCC negotiations should indicate a wide variance of the characteristics of the dependent variable. India, China, and the United States (US) are chosen as cases due to their status as highest emitters and most populated countries which entails strong negotiation power. Furthermore, they display distinct structural socio-economic differences and also have potentially different negotiation positions according to media-coverage of the climate summits.

## Case studies

In the US, the evaluation of progresses in the energy market remains ambivalent: On the one hand, Bloomberg New Energy Finance (2014, 2) finds that a revolution has taken place in the US energy market, namely sustainable energy and economic growth mutually promoting each other. Whereas it is true that the US economy has reduced its energy intensity in recent years, in 2012 emissions from the energy sector have risen due to the increased exploitation of shale gas and coal. Moreover, while the percentage of renewables in the energy mix has augmented in the last ten years, it remains relatively low. In spite of substantial private investments, political support for sustained changes of the energy system seems to be low.

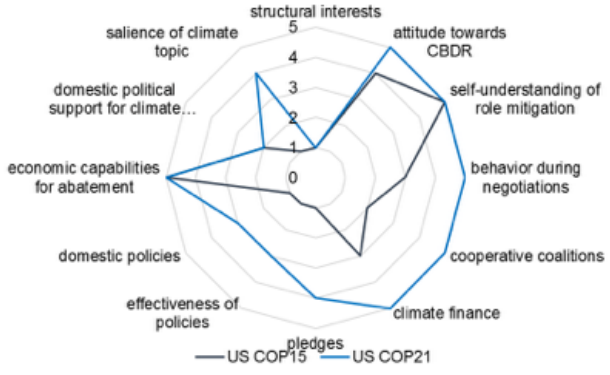



**Figure 1: The stance of the US at COP15 and COP21 (own elaboration)**

While the US have not changed their general standpoint, they behaved a lot more cooperatively during COP21, improved their pledges, and have made some advances in backing up their international demands with domestic policies. However, the contradictions in the behavior of the US are evident: lacking domestic legislative support impedes real commitment or systematic shifts. Despite great financial capacities and "goodwill" by the executive government, the negotiation position of the US remains deeply contradictory since they demand actions by others that they cannot fulfill themselves (see figure 1).

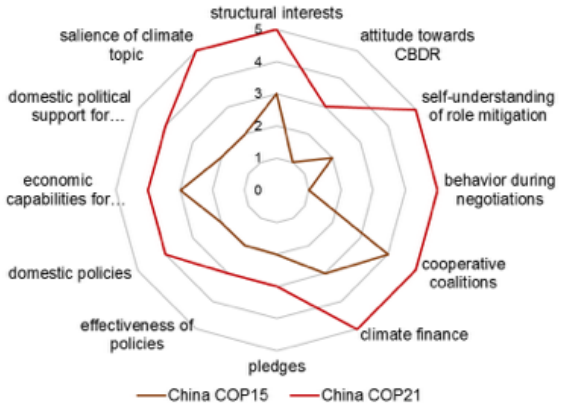



**Figure 2: The stance of China at COP15 and COP21 (own elaboration)**

The Chinese government has increasingly recognized potential costs of domestic environmental damages and acknowledged its task to reconcile economic growth with a more sustainable path. It is making considerable efforts in emission reduction and promotion of renewable energy, despite a slowdown of the economy in recent years. Nonetheless, increasing energy demand, sustained reliance on cheap coal, as well as inert structures of the energy market hinder effective emission reduction. Regarding new investments in renewable energy, China is by far the largest global investor, accounting for 36% of the world's total.

The Chinese position in the negotiations has shifted fundamentally from a very uncooperative point-of-view in Copenhagen to a far more amenable attitude in Paris. While it did not see itself in any major responsibility to act at COP15, it has strongly advocated the agreement at COP21 and presented itself as a global leader. A major reason for this change of behavior is the growing salience

of environmental issues on the domestic level, which has found expression in numerous policy initiatives. While the pledges fall short to effectively abate climate change due to systemic obstacles and a potential carbon lock-in, strong political action has been the trigger for major changes (see figure 2)

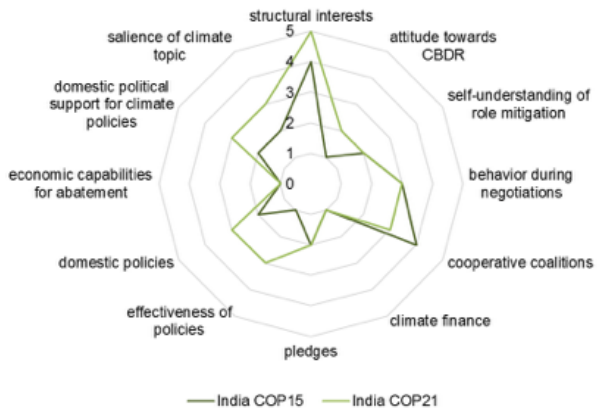



**Figure 3: The stance of India at COP15 and COP2 (own elaboration)**

Although there are some positive policy signals in India's domestic energy market and it has scaled up policies to support renewable energy remarkably, investments in renewables are still far too low to meet the quickly growing energy demand in a sustainable way and effectively fight energy poverty. Moreover, investments largely stem from foreign sources. Political awareness of the increasing environmental damages is still relatively low, economic development is clearly prioritized.Regarding the negotiation position, India is the least cooperative country of the three studied cases. It has not changed its position substantially in any respect since COP15, although the topic has moved up on the domestic political agenda due to rising awareness of potential consequences of climate change. While it was not particularly reluctant at COP15, it was framed as potentially stalling the negotiations at COP21 (see figure 3).

## Evaluation

The stance of the US in the negotiations has become more cooperative between COP15 and COP21. At the same time, climate policies were increasingly legitimized by economic arguments, and the actions in the negotiations were such as to secure a competitive advantage. Therefore, the first hypothesis is clearly confirmed by the case of the US.

China has shown the most fundamental shift towards a more cooperative position of the three cases. It has promoted clean policies far more aggressively in the last years and put forward major energy reforms. Although China's shift might be at a first glance mostly motivated by political pressure, the economic rationale is also strongly supporting more cooperative behavior. Therefore, China can be understood as behaving according to hypothesis 1.

India has shown relatively little change of its stance in the negotiations. It has only seen moderate changes in the domestic awareness and salience of climate change, environmental policies remain ambiguous. Hypothesis 1 therefore also predicts the case of India correctly: since it does only partly perceive green policies as a competitive advantage and fears for its growth, it does not behave cooperatively towards an agreement and tries to drive up the price.

Consequently, the first hypothesis is confirmed in the evaluation: the perception of green policies as a competitive advantage seems to have a strong influence on negotiation behavior indeed.

Private investments and commitment to a system shift have enormously increased in the US since 2009, which is coherent with a more cooperative stance of the US in the negotiations. Accordingly, there is strong evidence in the case that confirms the prediction of the hypothesis.

For China, this relation is more difficult to evaluate. Looking at the numbers only, the connection seems obvious: China has been the leading country in new investments in renewables for years, and has shown a fundamental shift toward more cooperation in the UNFCCC negotiations at the same time. Notwithstanding, it has to be considered that the energy market and the banks are still dominated by state enterprises. The significant investments in renewable assets can thus not be attributed to private capital undoubtedly. Hence, the predictions of hypothesis 2, the role of private capital in influencing governmental behavior, is not fully observable in the case of China.

India has not significantly shifted its stance in the negotiations towards more cooperation. Relatively low renewable investments and the lack of a unified position of the domestic industry are coherent with a less cooperative stance of India in the UNFCCC negotiations. The case therefore fulfils the predictions of the second hypothesis.

Accordingly, albeit hypothesis 2 does not completely hold for China, the power of private capital in enforcing cooperation can be observed on the national as well as on the global level.

## Conclusion

The major findings of this thesis are that the perception of green policies as a competitive advantage fosters cooperative behavior among countries in the UNFCCC climate negotiations. Moreover, private capital flows play a major role in effective negotiations.

In all countries, the increasing realization and framing of the potential costs and benefits of climate policies played a role in shaping the governments' interests. This powerfully underlines the role of uncertainty in climate negotiations and the correct assumptions of game theory. On the other hand, external economic influences, such as the consequences of the financial crisis and the plummeting oil price, only played an indirect role in shaping the countries' interest regarding climate policies, or even strengthened the commitment to renewables.

In the evaluation of the cases, it also becomes clear that the strong interrelation of economic and political motivations of governments cannot be fully separated, specifically in the Chinese case.

This work offers opportunities for further research on the theoretical as well as the empirical level. As this thesis draws from multiple strands of theory, the interdependencies of markets and states, which have been strongly confirmed by this analysis, underline the importance of taking political economy into consideration when analyzing the black boxes of decision-making. Moreover, the indicator set of countries' stances in climate negotiations provides a contribution to the methodological discussion on how to evaluate negotiation positions facing a scarcity of data. Ultimately, more research on the motivation of countries in the UNFCCC negotiations could facilitate better policy decisions and allow adjustments of negotiation processes.

Last, but not least, these findings can have interesting ramifications for policy makers and future negotiations: they show that global agreements can indeed be a "win-win" setting, if enough energy is invested to thoroughly and honestly assess costs and benefits of climate abatement and if long-term economic consequences are taken into account. The more developed countries, specifically the US and China, are profiting from this insight already. Nonetheless, the case of India shows that it is essential to allow developing countries to participate in the potential economic benefits of sustainable energy.

Substantial financial and technological support for these countries by the industrialized ones thus becomes not only a moral imperative to alleviate existing grave inequalities in climate politics, but is the most efficient and cheapest mean to achieve global climate stabilization.

## Appendix

### Appendix 1: description of the indicator dimensions and scales

General position:
This category aims at displaying the fundamental features of the negotiation positions of the countries, incorporating strategic and structural interests as well as moral arguments.

- Structural interest:
  how high are the incentives for the country to engage in a global agreement from the environmental point of view? This category takes especially vulnerability as well as awareness of the consequences of climate change into consideration.
  (***Scale:*** low = no incentives to cooperation - high = very dependent on cooperation)

- Attitude towards CBDR:
  does the country rather foster a universal agreement or does it insist on the principle of CBDR?
  (Scale: low = completely insisting on CBDR - high = wants universal agreement)[1]

- Self-understanding: in what role does the country see itself in global climate policies? (Scale: low = no ambitions to lead climate abatement - high = ambitions to be world leader in climate abatement)

Negotiation behavior:
To account for changes during negotiations and inter-issue bargaining, I have established this category.

- Conduct during negotiations: in how far does the country contribute to a successful outcome of the negotiations by participation, rhetoric, initiatives, etc.?
  Scale: low = impedes negotiations
  high = shows significant initiative and reconciliation)[2]

- Coalitions: In how far does the country pursue powerful coalitions to reach agreements?
  (Scale: low = acts individually - high = powerful coalition, actively engages other countries)

- Climate finance:
  In how far does the country insist on receiving climate financeor is willing to give? This category is included as a proxy for inter-issue bargaining, since climate finance is most often used as compensation for different other issues.
  (Scale: low = makes own actions dependent on finance by other countries - high = willing to increase financial support for other countries substantially)

Factual changes: The goal of this category is to display the pledges the countries make and their evaluation regarding domestic implementation and effectiveness.

- Pledges: in comparison to the contributions by other countries in a similar economic and historically ) responsible situation, how ambitious are the pledges made? (Scale: low = very unambitious, unconvincing pledge - high = in regard of situation and in comparison to similar countries highly ambitious goal)

- Effectiveness of pledges: in how far do the pledges and respective policies really contribute to reducing temperature increase to the 2° Celsius goal?
  (Scale: low = not closely effective - high = sufficient to reach 2°C if all comparable countries would make such a pledge

Domestic policies:
This category serves to control the strength and credibility of the position displayed on the international level.

- Economic capabilities: in how far do domestic financial and social circumstances allow the implementation of climate goals? (Scale: low = cannot be implemented without substantial foreign aid – high = very good economic conditions for implementation)

- Political support: does political support for decided climate action by institutions, public opinion, and elites exist? (Scale: low = no support – high = overall support in institutions and public opinion)

- Salience: how prominent on the political agenda is climate change abatement?(Scale: low = no priority issue – high = highest priority issue)

[1] Rating universal agreement as "high" does not necessarily entail this country is more cooperative. While it is necessary for developing countries to drastically reduce their emissions to reach the 2°C goal and thus reach effective abatement, taking historical responsibilities and developmental needs into account, as stated in the principle of CBDR, is not unjustified. The scale therefore only serves to depict the distance on this issue.

[2] Unfortunately, for Copenhagen far more extensive reports exist on the negotiation procedures than in Paris. Thus, the value of conduct during the negotiations has to be interpreted with necessary caution for COP21.

## References


Bailer, S., and Weiler, F. 2015. "A political economy of positions in climate change negotiations : Economic, structural, domestic, and strategic explanations." The *Review of International Organizations,* 10 (1):43–66.

Bloomberg LP. 2016. "Bloomberg New Energy Finance." Accessed April 7, 2016. http://about.newenergyfinance.com/about/

Bloomberg New Energy Finance. 2014. *Sustainable Energy in America. 2015 Factbook.*

Buys, P., Deichmann, U., Meisner, C., That, T. T., and Wheeler, D. 2009. "Country stakes in climate change negotiations: two dimensions of vulnerability." *Climate Policy,* 9 (3): 288–305.

Costantini, V., Sforna, G., and Zoli, M. 2016. "Interpreting bargaining strategies of developing countries in climate negotiations. A quantitative approach." *Ecological Economics*, 121: 128–139.

Dröge, S. 2015. *Das Pariser Abkommen 2015: Weichenstellung für das Klimaregime. SWP-Studie.*

Dyer, H. C. 2014. "Climate anarchy: Creative disorder in world politics." *International Political Sociology,* 8 (2): 182–200.

Frankfurt School-UNEP Centre, & BNEF. 2016. *Global Trends in Renewable Energy Investment 2016.* Frankfurt am Main: Frankfurt School of Finance & Management gGmbh.

Gehrmann, F. 1980. „Methodogische Probleme der Konstruktion international vergleichbarer Indikatoren." In *Soziale Indikatoren im internationalen Vergleich,* edited by H.-J. Hoffman-Nowotny, 23-51. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

George, A. L., and Bennett, A. 2005. C*ase studies and theory development in the social sciences.* Cambridge, Mass.: MIT Press.

Gerring, J. 2008. *Case study research. principles and practices*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Gramelsberger, G. (ed.) 2011. *Climate change and policy. The calculability of climate change and the challenge of uncertainty.* Berlin; Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg.

IEA. 2007. "Climate Policy Uncertainty and Investment Risk." Accessed January 16, 2016. http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/6107141e.pdf?expires=1452939203&id=is&accname 9528&checksum=89D2201279DAFE9 20ABC1503C55C03D 0

Lindblom, C. E. 2008. "The Market System." 2001. In *The Political Economy Reader.* Markets as Institutions, edited by N. H. Barma & S. K. Vogel, 243-258. New York London: Routledge.

Mayring, P. 2002. *Einführung in die qualitative Sozialforschung: eine Anleitung zu qualitativem Denken.* Weinheim: Beltz.

Morgenthau, H. J. 2006. *Politics among nations: the struggle for power and peace.* Boston: McGraw-Hill Education.

Newell, P., and Paterson, M. 2010. "A Climate for Business: Global Warming, the State, and Capital." 1998. In *International Political Economy.* A Reader, edited by A. Hülsemeyer, 544-556. Canada: Oxford University Press.

Olson, M. 2002. *The logic of collective action: public goods and the theory of groups.* Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Putnam, R. D. 1988. "Diplomacy and domestic politics: the logic of two-level games." *International Organization,* 42 (3):427-460.

Sprinz, D., and Vaahtoranta, T. 1994. "The interest-based explanation of international environmental policy." *International Organization,* 48 (1): 77-105.

Stokman, F. N., and Thomson, R. 2015. "Forecasting the Paris 2015UNFCCC Negotiations. The Exchange Model's Analysis of Developments and Potential Obstacles to Reaching an Agreement. Technical Report." Accessed April 7, 2016. https://www.uni-potsdam.de/fileadmin01/projects/wipcad/Media/pdf/sprinz_lecture_181115/15Thom.ForecastingParis2015UNFCCCNegotiationspdf.pdf

Waltz, K. N. 1979. *Theory of international politics.* New York: McGraw-Hill.

# Überformen? Aus Formen heraus! Zum Verhältnis von Humanität und völkerrechtlichem Formalismus in der Debatte zur humanitären Motivation

KONSTANTIN VEIT
*Sociology, Politics & Economics, 5. Semester*

## Zusammenfassung

Der Kern der Debatte um die ‚Humanitäre Intervention' ist das Spannungsfeld zwischen dem Schutz vor schwersten Menschenrechtsverletzungen einerseits und der Gefahr einer Unterminierung des Völkerrechts, speziell der Prinzipien der Souveränität und des Gewaltverbots andererseits. Der vorliegende Beitrag fragt, wie dieses Spannungsfeld zu lösen ist und argumentiert, dass eine Intervention einzig und allein zum Schutz der Zivilbevölkerung auch ohne völkerrechtskonformes Mandat legitim und vertretbar wäre. Nach einer Darstellung völkerrechtlicher Determinanten der Debatte wird gezeigt, dass die Praxis des UN-Sicherheitsrats zum Schutz von Menschenleben speziell im Falle des syrischen Bürgerkriegs dem Anspruch einer Schutzverantwortung nicht gerecht wird. Anschließend erfolgt eine rechtsphilosophische Begründung anhand des Rechtsbegriffs Gustav Radbruchs, dass sich aus dem Gerechtigkeitswiderspruch des positiven Gesetzes, i.e. des Autorisierungsvorbehaltes des politisierten UN-Sicherheitsrates für jede Intervention, eine überpositive Rechtfertigung für eine Intervention ableiten lässt (Bailer and Weiler 2015).

## Einleitung

Im November 2015 titelte die Foreign Affairs in der 'Post-American Middle East'-Ausgabe: „The End of Pax Americana: Why Washington's Middle East Pullback Makes Sense" (Simon/Stevenson 2015). Die Autoren verfolgten darin die These, dass das Projekt der liberaldemokratischen 'Transformation of the Greater Middle East', nach 9/11 von den USA propagiert, gänzlich gescheitert sei (vgl. ebd., 4).

Derweil sind im syrischen Bürgerkrieg, der seit nunmehr über fünf Jahren tobt, inzwischen über 220.000 Opfer zu beklagen (vgl. Genocide Alert 2015, 2). Mit dem Konzept der ‚Responsibility to Protect' (R2P) wurde der internationalen Staatengemeinschaft 2001 ein Entwurf vorgelegt, der die Verantwortung zum Schutz solcher schwersten Menschenrechtsverletzungen stärker im Völkerrecht verankern sollte. Zwar ist die R2P bis heute kein Bestandteil geltenden Völkerrechts und die Debatte um humanitär motivierte Interventionen stößt nicht erst seit dem Libyen-Krieg auf zunehmende Skepsis, gar Ablehnung (vgl. etwa Pradetto 2015, 43); die Intention, mit der die R2P entworfen wurde, ist jedoch nicht minder aktuell.

Der vorliegende Beitrag fragt, wie das Spannungsfeld zwischen dem Schutz vor schwersten Menschenrechtsverletzungen einerseits und der Gefahr einer Unterminierung des Völkerrechts, speziell der Prinzipien der Souveränität und des Gewaltverbots andererseits, in dem sich jede Intervention bewegt, zu lösen ist, und plädiert für eine Überwindung von etablierten völkerrechtlichen Formen, solange sie sich nicht umformen lassen. Hierzu wird eine rechtsphilosophische Argumentationslinie entworfen, der zufolge eine eng gefasste Intervention einzig und allein zum Schutz der Zivilbevölkerung auch ohne völkerrechtskonformes Mandat legitim und vertretbar wäre.

## Ausgangslage: Völkerrechtliche Determinanten und Kritik des UN-Sicherheitsrates

Die Interventionsdebatte ist bestimmt durch die völkerrechtlichen Prinzipien des Interventions- und Gewaltverbots nach Art. 2 Nr. 1, 4, 7 UN-Charta (UNCh). Nur in seltenen Ausnahmen ist ein Bruch dieser Grundsätze gerechtfertigt, wie unten ausgeführt. Zentrale Fallgruppe des Interventionsverbots ist die sog. Destabilisierung im Innern, worunter auch der regime change zu fassen ist; vom Interventionsverbot ausgenommen sind nur Zwangsmaßnahmen des UN-Sicherheitsrates (UNSC) nach Kap. VII UNCh (vgl. Arnauld 2014, 347ff.).

Unter das Gewaltverbot fällt auch indirekte Gewalt in Form von Unterstützung bewaffneter Gewalt anderer Staaten oder militärischer Bündnisse. Lediglich im Falle der sog. Intervention auf Einladung (durch die Regierung) liegt keine Gewalt zwischen Staaten vor, sodass Art. 2 Nr. 4 UNCh nicht verletzt ist (vgl. Arnauld 2014, 1014, 1019). Darüber hinaus bestehen nur zwei völkerrechtlich konforme Ausnahmen vom Gewaltverbot: entweder im Falle eines ermächtigenden Mandats durch den UNSC, den „Inhaber des Gewalt(legitimierungs)monopols" (ebd., 1022) im UN-System nach Kap. VII UNCh, oder im Selbstverteidigungsfall (Art. 51 UNCh); letzterer ist hier jedoch nicht weiter von Interesse.

Das Gewaltverbot zählt zum zwingenden Völkerrecht (ius cogens), i.e. es ist dem Willen der Staaten entzogen und bindet sie unabhängig von Vertragswerk (vgl. Arnauld 2014, 1024). Neben der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die „zum großen Teil gewohnheitsrechtlich anerkannt" sei (ebd., 603), sowie den Internationalen Pakten über bürgerliche und politische Rechte bzw. über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ist es eben jenes ius cogens, das den einzelnen Menschen im Völkerrecht in den Blick nimmt;

vor allem ersichtlich im Verbot von Völkermord, Sklaverei und Apartheid sowie explizit in den Kerngewährleistungen der Menschenrechte (vgl. ebd., 249, 603f.). Der domaine réservé, die inneren staatlichen Angelegenheiten, die durch Souveränitätsprinzip und Interventionsverbot abgeschirmt werden, wird durch völkerrechtlich verbindliche Menschenrechtsgarantien daher sichtlich eingeschränkt.

In diesem Kontext spielt auch das Völkerstrafrecht und damit verbunden die Jurisdiktion des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) eine wesentliche Rolle. Gemäß Art. 5 Abs. 1 des Römischen Statuts des IStGH fallen unter die sog. völkerrechtlichen Kernverbrechen: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und das Verbrechen der Aggression. Der Tatbestand der Ethnischen Säuberungen, der im R2P-Diskurs auftaucht, stellt zugleich ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ein Kriegsverbrechen dar und ist somit aus den Kernverbrechen abzuleiten (vgl. Arnauld 2014, 1302ff.).

Die Vereinten Nationen haben die (primäre) Schutzverantwortung der Staaten im Outcome Document des Weltgipfels 2005 ausdrücklich gebilligt und anerkannt: „Each individual State has the responsibility to protect its populations from genocide, war crimes, ethnic cleansing and crimes against humanity." (United Nations 2005, 30, Nr. 138) Diese Tatbestände orientieren sich eindeutig an den völkerrechtlichen Kernverbrechen. Weiter heißt es:

> "[W]e are prepared to take collective action, in a timely and decisive manner, through the Security Council, in accordance with the Charter, including Chapter VII, […] should peaceful means be inadequate and national authorities are manifestly failing to protect their populations" (United Nations 2005, 30, Nr. 139).

Ihrem völkerrechtlichen Charakter nach ist die R2P in der hier verfassten Form für diskursiv-legitimierende Zwecke eines unilateralen Interventionismus, wozu sie gemäß eines wiederkehrenden Vorwurfs häufig missbraucht werde, tatsächlich ungeeignet: erstens wird das Gewaltlegitimierungsmonopol des UNSC nach Kap. VII UNCh nicht angetastet; zweitens ist die R2P nach herrschender Lehrmeinung lediglich eine ‚emerging norm', i.e. sich verfestigende Rechtsüberzeugung und andauernde Staatenpraxis vorausgesetzt, wird sie bestenfalls „als Kandidat für den Status einer Rechtsnorm behandelt" (Arnauld 2014, 266).

Nichtsdestoweniger haben sich die UN zu ihrer Schutzverantwortung bekannt, der UNSC sollte sie in seinen Resolutionen daher berücksichtigen, vorausgesetzt die entsprechenden Tatbestände sind erfüllt. Folglich liegt das Problem weniger im R2P-Konzept selbst, sondern in seiner institutionellen Umsetzung im UNSC: zu diskutieren sei die „Frage nach der institutionellen Unabhängigkeit und Repräsentativität des Feststellungsverfahrens und der Durchführung" (Pradetto 2015, 39), wobei zugleich dem Missbrauch durch Partikularinteressen vorgebeugt werden muss. Dies führt die Kritik weg von der R2P hin zur Praxis des UNSC. So liegen im syrischen Bürgerkrieg die Umstände, die Zwangsmaßnahmen nach Kap. VII UNCh auslösen können, unstrittig vor: grundlegende Menschenrechte werden missachtet, die innere Sicherheit kann nicht hinreichend garantiert werden, der „Weltfrieden und die internationale Sicherheit" (Art. 39 UNCh) sind bedroht. Nicht nur unter Berücksichtigung der R2P, sondern selbst gemäß der Charta, i.e. geltenden Völkerrechts, sollte der UNSC über seine bisher verabschiedeten Resolutionen zu Syrien hinaus nach Kap. VII UNCh tätig werden. Allerdings ist es gemeinhin bekannt, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein politisches Gremium ist, das insbesondere durch die Bestimmung des Vetorechts für die Permanent Five anfällig für Blockade-Situationen ist. So fordert Pradetto, der UNSC müsse ein supranationales, eigenständig handelndes Gremium sein, „das nicht von der Interessendefinition durch jene großen nationalen Akteure abhängt, die über die Kapazitäten für einen militärischen Eingriff verfügen." (Pradetto 2015, 23)

Doch eine Untätigkeit des UNSC enthebt die Staatengemeinschaft keineswegs von ihrer Verantwortung. Anders gesagt: die Feststellung von schwersten Menschenrechtsverletzungen und die Bestimmung von Maßnahmen zum Schutz von Menschenleben, wie es in Syrien erforderlich wäre, darf unter keinen Umständen ein Politikum sein. Von dieser These ausgehend, wird im Folgenden eine rechtsphilosophische Argumentation für die Legitimität von Interventionen entwickelt. Grundlegend dafür muss der Begriff der Intervention definiert werden.

## Entwurf eines minimalen Interventionsbegriffes

Die Form von Intervention, die im Folgenden begründet wird, orientiert sich an einem sehr engen Begriff: Ziel der Intervention ist es einzig und allein, Menschenleben zu retten und vor schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Dieser Begriff schließt alle Maßnahmen aus, die über die absolut erforderlichen Handlungen zu diesem Zweck hinausgehen. Er legitimiert weder einen von der Interventionsmacht herbeigeführten regime change, noch etwaige demokratisch-liberale Transformationsabsichten. Ebenso umfasst er keinen langjährigen Verbleib internationaler Truppen im Lande zum Zweck des state-(re)building – die Staatlichkeit des betroffenen Staates sollte von der Intervention unberührt bleiben. Der Begriff unterscheidet sich somit erheblich von vergangenen ‚big-scale invasions' wie im Irak oder in Afghanistan. Die militärischen Kompetenzen der Einheiten einer ‚Minimalintervention' könnten sich an den Empfehlungen der Brahimi-Kommission zum Umfang des Mandats von UN peacekeeping forces orientieren: diese haben keinen Kampfauftrag, sondern lediglich ein „robustes Mandat, das nicht nur zur Selbstverteidigung, sondern auch zum Schutz der Mission und zum Schutz der Zivilbevölkerung den Einsatz von Waffengewalt gestattet" (Arnauld 2014, 1039). Waffengewalt zum Schutz darf jedoch nicht präventiv erfolgen, da die Grenzen zum Kampfauftrag sonst verschwimmen. Der Schutzauftrag ließe sich in Form von No-fly zones und der Einrichtung von Schutzzonen für die Zivilbevölkerung operationalisieren.

Der hier skizzierte Interventionsbegriff reagiert auf die häufig vorgebrachte Kritik, Kollateralschäden würden hingenommen und Fluchtbewegungen verstärkt werden: hier soll die Zivilbevölkerung explizit geschützt werden; ein besserer Schutz im Heimatland trägt zudem idealerweise zu weniger Flüchtenden bei. In der oben dargestellten Kritik an der Praxis des UNSC zeigte sich insbesondere das Fehlen einer Stelle, der klar die Deutungshoheit obliegt, wann eine Intervention zum Schutze der Zivilbevölkerung notwendig ist, als institutionelle Schwäche. Das UN-System bietet jedoch Stellen und Mechanismen, die zumindest ein zuverlässiges Feststellungsverfahren leisten können. Dieses ist umso wichtiger, damit Schutzbedürftigkeit und sonstige humanitäre Aspekte nicht als Diskursstrategie instrumentalisiert werden: Interventionsdruck sollte schlussendlich nicht durch Diskurshoheit, sondern durch juristisch festgestellte Tatbestände aufkommen. Der Internationale Strafgerichtshof besitzt die Kompetenz, die völkerrechtlichen Kernverbrechen festzustellen, da das IStGH-Statut eben jene abdeckt und der IStGH mit der Strafverfolgung dieser Verbrechen betraut ist. Dass seine Jurisdiktion nicht von allen Staaten anerkannt wird, schränkt einen reinen Feststellungsmechanismus nicht ein: dem Ankläger kann von jedem der immerhin 124 Vertragsstaaten jederzeit eine Situation unterbreitet werden, die es dann zu überprüfen gilt, ebenso kann der Ankläger selbst tätig werden.

## ‚Was Gesetz sein sollte': rechtsphilosophische Überlegungen zur Notwendigkeit einer Intervention

Die folgenden rechtsphilosophischen Überlegungen zur Begründetheit einer Intervention nach dem hier definierten Interventionsbegriff erfolgen auf Grundlage des Rechtsbegriffs Gustav Radbruchs. Dieser Rechtsbegriff lautet auf den Punkt gebracht: „Recht ist die Wirklichkeit, die den Sinn hat, der Gerechtigkeit zu dienen." (Radbruch zit. n. Kaufmann 2004, 92)
Die „wesensbestimmende[] Anforderung der Gerechtigkeit" sei die „gleiche[] Behandlung des Gleichen" (Radbruch 1946). Diene das Recht nicht der Gerechtigkeit, werde die Gleichheit bei der Setzung positiven Rechts also nicht berücksichtigt, entbehrt das Recht gemäß Radbruch der Rechtsnatur (vgl. ebd.). Radbruchs Rechtsbegriff bewegt sich somit im rechtsphilosophischen Spannungsfeld zwischen Naturrecht und Gesetzespositivismus. Er ist aufgrund seiner starken Orientierung an Gerechtigkeit nicht positivistisch, jedoch auch nicht naturrechtlich, da ‚richtiges Recht' nicht mit dem absoluten Rechtswert, der Gerechtigkeit, gleichgesetzt wird, sondern ihr lediglich dienen soll (vgl. Kaufmann 2004, 92).

In seinem Aufsatz „Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht“ (Radbruch 1946) formuliert Radbruch die Kritik am Positivismus, dass dieser die Geltung von Gesetzen schon darin erwiesen sehe, dass sie die Macht hatten, sich durchzusetzen. „Aber auf Macht läßt sich vielleicht ein Müssen, aber niemals ein Sollen und Gelten gründen. Dieses läßt sich vielmehr nur gründen auf einen Wert, der dem Gesetz innewohnt.“ (Ebd.) Positive Gesetze brächten nur Rechtssicherheit mit sich, das Recht müsse aber insbesondere Gerechtigkeit verwirklichen. Kommt es zu einem Konflikt zwischen der Rechtssicherheit und der Gerechtigkeit, „zwischen einem inhaltlich anfechtbaren, aber positiven Gesetz und zwischen einem gerechten, aber nicht in Gesetzesform gegossenen Recht“ (ebd.), so sei dieser Konflikt dahingehend zu lösen,

> „daß das positive, durch Satzung und Macht gesicherte Recht auch dann den Vorrang hat, wenn es inhaltlich ungerecht und unzweckmäßig ist, es sei denn, daß der Widerspruch des positiven Gesetzes zur Gerechtigkeit ein so unerträgliches Maß erreicht, daß das Gesetz als ‚unrichtiges Recht‘ der Gerechtigkeit zu weichen hat.“ (Radbruch 1946)

An der völkerrechtlichen Gesetzeslage, die es zulässt, dass aufgrund einer politischen Blockadesituation keine rechtskräftige Autorisierung eines Eingriffs zum Schutz von Menschenleben zustande kommt, lässt sich mit Radbruch Kritik formulieren: so genießt die Rechtssicherheit, die dem positiven Recht entspringt, ein Primat gegenüber der Gerechtigkeit, die wegen jener eingeschränkt wird, obwohl das Recht primär dieser dienen müsse. Weiter ist mit Radbruch zu kritisieren, dass die Geltung der internationalen Gesetze, genauer gesagt die Unmöglichkeit, die gegenwärtige gesetzliche Lage abzuändern, vorwiegend auf der Macht der Permanent Five gründet, die sie Kraft ihres Vetorechts innehaben. Auf diese Macht lässt sich gemäß Radbruch jedoch kein Sollen und Gelten gründen.

An diesen Umständen scheitert im Friedenssicherungsrecht die gleiche Behandlung des Gleichen, in diesem Fall namentlich das gleiche Menschenrecht aller auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, wie es in Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verbrieft ist (vgl. AEMR, Art. 3).

So lässt sich mit Radbruch schlussendlich argumentieren, dass das positive Gesetz, sprich der unbedingte Autorisierungsvorbehalt des UNSC, der aufgrund seines politischen Charakters seinen völkerrechtlichen Pflichten unter Umständen schlicht nicht nachkommen kann, hier in solch unerträglichem Widerspruch zur Gerechtigkeit steht, dass das ‚unrichtige Recht‘ der Gerechtigkeit zu weichen hat. Aus diesem Argument lässt sich eine überpositive Rechtfertigung einer Intervention ableiten. Selbst über die ungleiche Behandlung gleicher Situationen durch den UNSC hinaus besteht im konkreten Falle Syriens ein unerträglicher Widerspruch zur Gerechtigkeit darin, dass grundlegende Menschenrechte, die im Völkerrecht fundamentalster Ausdruck von Gerechtigkeit sind, verletzt werden.

Der Beitrag resümiert daher, dass sich eine begrenzte Intervention, die einzig und allein einen Schutz der Zivilbevölkerung verfolgt, also humanitär-moralisch motiviert ist, überpositiv begründen und legitimieren lässt. Durch eine Tatbestandsfestbestellung durch den IStGH ließe sie sich mit weiterer Legitimität ausstatten. Schutzzonen würden im Falle Syriens lediglich dem Schutz von Nicht-Kombattanten dienen und keine explizite Unterstützung von Gegnern des Assad-Regimes bedeuten: ein militärisches Einschreiten sollte nicht zu Gunsten einer Konfliktpartei, sondern ausschließlich zu Gunsten der Zivilbevölkerung stattfinden. Solange also keine Überformung des Institutionengefüges des UN-Friedenssicherungssystems stattfindet, muss sich Humanität ihrer rechtlichen Formen möglicherweise befreien; geschähe dies nicht, würde jegliche Idee von internationaler Verantwortung und elementarer Menschenrechte ausgehöhlt werden.

## Literaturverzeichnis


Arnauld, A. v. 2014. *Völkerrecht*. 2. neu bearbeitete Auflage. Heidelberg u.a.: C. F. Müller.

Genocide Alert. 2015. *Genocide Alert Monitor*, Ausgabe 01-03/2015. Letzter Zugriff: 19.01.2016. http://www.genocide-alert.de/wp-content/uploads/2016/01/GA-Monitor-01-03-2015.pdf .

Kaufmann, A. 2004. „Problemgeschichte der Rechtsphilosophie." In *Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart,* hrsg. von Kaufmann, A., Hassemer, W. und Neumann, U., S. 26-147. Heidelberg: C. F. Müller.

Pradetto, A. 2015. „R2P, der Regimewechsel in Libyen und die Nichtintervention in Syrien: Durchbruch oder Sargnagel für die Schutzverantwortung?" *In Schutzverantwortung in der Debatte. Die ‚Responsibility to Protect' nach dem Libyen-Dissens,* hrsg. von Staack, M. und Krause, D., S. 15-54. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Radbruch, G. 1946. *Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht.* Süddeutsche Juristenzeitung, S. 105–108. Letzter Zugriff: 18.01.2016. http://www.uni-potsdam.de/ fileadmin/projects/jur-zimmermann/LV_2010_2011/Koll_Radbruch_Aufsatz-SJZ_1946__105.pdf.

Simon, S. und Stevenson, J. 2015. The End of Pax Americana: Why Washington's Middle East Pullback Makes Sense, in: *Foreign Affairs,* Vol. 94, N. 6, S. 2-10.

United Nations. 1945. *Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs. Entnommen aus Bundesgesetzblatt* 1973 II. Letzter Zugriff: 18.01.15. https://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf.

United Nations. 1948. Resolution 217 A *(III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.* Letzter Zugriff: 19.01.2015. http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/UDHR_Translations/ger.pdf.

United Nations. 2005. *Resolution adopted by the General Assembly,* 60/1. World Summit Outcome Document. Letzter Zugriff: 06.01.2016. http://www.un.org/womenwatch/ods/A-RES-60-1-E.pdf.

# THE POLITICAL COMMUNICATION OF POLICY CHANGES TO STAKEHOLDERS IN THE EUROPEAN UNION BASED ON THE EUROPEAN FISHERIES SECTOR

GLORIA KRAUS

*Sociology, Politics & Economics, 7. Semester*

## Abstract

In the European Union, a complex system of policies ensures the path to sustainable fishing. The latest update of the Common Fisheries Policy took place in 2014 and includes the change from the prohibition of bringing bycatches ashore to the obligation of landing them. Policies are meant to transform and re-shape practices on the ground in order to ensure sustainable fishing. In order to change politically rather rigid practices, the fishers' awareness of new regulations is indispensable. Therefore, accessing both the way the fishers were informed and the success of the political communication process is considered vital for evaluating the applicability of fisheries policy. A methodology triangulation with primary and secondary data is used for investigating this issue. Data is provided by the EU as the responsible actor for the communication of the reform. Also, standardized interviews with fisher, conducted by scientists in the MINOUW project, provided the data which illustrate that relevant information did not reach the stakeholder group properly.

## List of abbreviations

| | |
|---|---|
| CFP | Common Fisheries Policy |
| DG Mare | Directorate-Generals Maritime Affairs and Fisheries |
| EU | European Union |
| LO | Landing obligation |
| MEDAC | Mediterranean Sea Advisory Council |
| MINOUW | Science, technology and society initiative to minimize unwanted catches in European fisheries |
| MSY | Maximum Sustainable Yield |
| N. d. | No date |
| N. n. | Nomen nominandum |
| NGOs | Non-governmental organizations |
| OJ | Official Journal of the European Union |
| TFEU | Treaty on the functioning of the European Union |
| WWF | World wide Fund for Nature |

## Introduction

A scientific report, commissioned by WWF, states that 80 percent of the fish stocks worldwide are overfished (Watson, Zeller, and Pauly 2011, 4 et seq.). Since Europe is the 4th largest fishing industry in the world (European Union (EU), n.d.), fisheries policies aim to ensure the sustainability of the resource, based on the principle of the rational exploitation of marine living resources at a level of exploitation that guarantee Maximum Sustainable Yield (MSY). The reformed Common Fishery Policy (CFP) entered into force in 2014 (EU Reg. 1380/2013) with the aim of reshaping old habits. Therefore, the fishers have to cope with many new rules and it is essential to inform them about changes to ensure compliance and attainment of sustainable fishing. To evaluate how political communication takes place in the application of fisheries policy and whether relevant actors (fisher, industry, etc.) are informed sufficiently, a status quo analysis is needed. As an illustrative example, European fisheries and the landing obligation (LO) of bycatch embedded in the CFP (Art. 15 of EU Reg. 1380/2013) will be analyzed. The practical difficulties in the implementation of the LO leads to the research question: How effective is the political communication from government towards fisher? In addition to this main research question, the following complementary questions are posed: (1) What does political communication mean and what liabilities does the EU have? (2) Which types of information are provided and how do these reach the fishers? This research paper will elaborate on the political communication of policy changes in the EU based on the case of the European fisheries sector. More concretely it will analyze exemplarily the case study results from the EU project MINOUW.[2]

[1] In fisheries "bycatch" is defined as the part of catch which is not targeted by the fisher.

[2] Science, technology and society initiative to minimize unwanted catches in European fisheries

The present paper continues with a brief introduction of the research methods used, of the CFP legal text as well as with an evaluation of the fishers' knowledge through the analysis of the results of this yet unpublished study. Subsequently, political communication itself –in particular on the basis of Rhomberg (2009) and Schulz (2011) – will be explained. After developing the case study and drawing the information flows, a summary is given showing that a lack of information on part of the fisher can endanger the overall goal of the policy to overwhelm current fishing practices.

## Methods and Approach

Different methods are combined as a triangulation approach allowing to answer the given research questions more fully and comprehensibly (Hildebrandt et al. 2015, 335 et seq., Olsen 2004). Through standardize interviews with European fisher, conducted in the context of the project MINOUW, an in-depth look into current (2015-2016) knowledge on the LO is obtained. Then political communication is explained and classified with existing theoretical approaches. Afterwards, based on the main official documents, the information obligation of the EU is described. An analysis of the information accessibility for the fisher follows. Hereby Atteslander's (1971, 67) approach is used in order to present and critically examine the secondary data (as cited in Mayring 2002, 49). The focus has been laid on publicly available online documents and homepages provided by the EU and related to the LO. In the next chapter the information flows have been drawn through diagrammatical modelling based on the gathered information and additional expert knowledge from Dr. Francesc Maynou, scientist and project coordinator of MINOUW.

## Common Fisheries Policy

### Concept of regulation No 1380/2013 CFP

The latest major change within the CFP took place with Reg. No. 1380/2013 (EU 2013), published in December 2013 in the Official Journal of the European Union (OJ). The explanation of the LO of bycatch starts with Article 15 in the respective regulation (EU 2013). The new obligation signified a big change in the fisheries strategy because landing bycatches had been strictly forbidden previously. The new LO requires that bycatches are kept on board and will take up space for other (more commercially valued) fish during the trip. This comes along with a more extensive sorting process, and the need for suitable storage, which will also cause increased costs and –depending on the commercial destination of landed bycatch– lower profit. If the fisher violates consciously or unconsciously the regulation, financial and licensing sanctions might occur. The group of single fishers who are captains (and mostly employ family members) represents nearly 90 percent of the European vessel fleet. Because of their importance with regard to food security and employment the MINOUW project has been focused on them (Dr. Maynou, personal communication, 14.06.2016).

### Evaluating the knowledge of the fisher

MINOUW comprises representative interviews of 128 fishers over the past months (September 2015 to April 2016). These were conducted by scientists with standardized interview guidelines (Maynou 2016) in Italy, Spain and Portugal with gears like bottom trawl, purse seine, and trammel net. The questions relevant for this paper were in a closed format and clearly assigned. One question was whether the fisher is aware of the fact that discarding of unwanted-catches will be banned. Forty percent answered "yes". It has to be stated that many fishers were notified of the LO during a MINOUW meeting in July 2015 and thus answered positively: i.e. the project itself was the main source of information on this policy for many stakeholders. Nevertheless, 56 percent clearly responded to the same question with "no". After explaining the contents of the LO, 54 percent stated that their fishing activities will be affected and additional costs are expected by 61 percent. Ninety percent stated that they do not expect positive changes for local fisheries, and nearly 90 percent answered that the LO will not be generally accepted by all fishers. A fisher stated in the interview: "the whole process has not been properly implemented and consulted with stakeholders". It can be concluded that the fishers were not involved by the EU in the process. This might lead to rejection of the reform. Based on the outcomes of the questionnaire, it has to be assumed that the knowledge of fishers about the LO tends to be low in general. Since the industry has already difficulties with shrinking fish stocks, water pollution and complex stipulations, the regulations have to be communicated very carefully otherwise they are perceived as an extra burden from the EU aiming at making their work even more difficult. The assumption that the political communication process is disturbed will guide through the following chapters.

## Communication of information

### Communication

Oral and written Communication is an exchange of information to eliminate information asymmetry between persons (cf. Durugbo, Tiwari, and Alcock 2013, 599, Schubert and Klein 2016). Shannon and Weaver's sender-receiver model, adopted as a general communication model and published in 1949, creates a simplified representation of the information flow (Shannon and Weaver 2015). Röhner and Schütz (2012, 15 et seq.) take up the model to represent the Encoding and Decoding Process where the sender and receiver get and translate the information to a message based on their own prior knowledge and experience. In this task, difficulties can occur due to different coding systems of the participants involved or disturbance of the process (Noise), which causes misunderstanding. As known, the citizen (here fisher) has to inform himself about current laws, the collectable debt. First, the sender, here the EU, publishes or makes information accessible; second, the receiver, here the fisher, picks up or requests a message directly from the sender as a collectable debt. This applies also for each potential intermediate step.

### Political communication

Political communication can be regarded as a specific communication type but a clear universal definition is lacking (Jarren, Sarcinelli, and Saxer 2013, 15 et seq.). Research regarding political communication is mostly linked to mass media. In accordance with Luhmann (1996, 10), Rhomberg (2009) defines mass media as all institutions which use technical tools for the distribution and duplication of communication. Mass media connect politics and stakeholders, i.e. the stakeholder group fishers, and holds several functions while a receiver must not necessarily be defined clearly. For example, a selection of relevant information takes place as reconnaissance and distribution (Rhomberg 2009, 22 et seq.). With regard to the EU, a European public is needed which is able to overcome distance, lingustic and cultural differences, as they appear in the Europe-wide fishery sector, to prove legitimacy and democracy (cf. Pfetsch and Heft 2009). For this, transnational media communication is necessary which goes along with a Europeanisation of the media (Pfetsch and Heft 2009). Part of the European communication strategy is therefore the Internet with websites as information tools (cf. EC 2011), inter alia the homepage ec.europa.eu in all European official languages.

In order to clarify the term political communication, the definition by Schulz (2011, 16) will be used, which states that political communication is what comes from political actors, towards or about them. This definition offers a wide and complex view yet simultaneously includes all relevant stakeholders. Political communication on the part of the EU is embedded in the Treaty on the Functioning of the European Union (TFEU).

### Communication and information policy in the EU

Article 288 TFEU states that a regulation, like No. 1380/2013, shall have general application (EU 2010, 176). As defined in Article 297 (2) TFEU, regulations shall be published in the OJ to enter into force. The OJ is the publication organ of the EU as a centralized public relations agency, accessible on EUR-lex. Regarding the policies itself it states that decisions shall be made close to the citizen and their needs (Union 2012, 206; 308), which however does not specify any obligation to inform the citizen actively about changes like the CFP reform (Europedia 2011, chapter 10.1.3). In the treaty itself, no direct communication policy is included. A legal basis is given in the Charter of Fundamental Rights of the EU, which describes the right for citizens to be informed. Nevertheless, a common communication and information policy is missing. Problems caused by the lack of communication within the EU are discussed in several papers where consequences are identified as legitimacy deficits, lack of trust, no citizen-centered communication, and difficulties of linguistic barriers (Papathanassopoulos and Negrine 2013, Meyer 1999). Spanier (2012) offers a view on challenges of mediating Europe with mass media. To get closer to open points of political communication, the provided information and their flow will be analyzed.

### Provided information

Google offers 11,400,000 results related to "landing obligation". It also leads to the European Commission homepage where information is accessible through the Directorate-General Maritime Affairs and Fisheries (DG Mare). General information are available and illustrated (EC n.d.-b). Furthermore, answers are offered to questions like "How do I handle fish with a risk of contamination, such as seal-damaged salmons?" (EC n.d.-a). The interinstitutional side www.Europa.eu combines all information run by the DG Communication; www.Ec.europa.eu is managed by each DG (cf. EC 2011). For the user, it is very difficult to cope with the information flood since it is not preselected for stakeholders. Even for users with scientific background and knowledge about certain topics, every visit on the homepage can open up new information. The distribution is not possible without collectable debt. Conversely, this means that the government is not able to guarantee that important information reaches the right stakeholder. But the obligation of publication is overfulfilled due to the provided online sources in all European languages. Here the transcultural border crossing begins to create a European public.

### Information flows to fishers

Durugbo, Tiwari, and Alcock (2013) define information flows as "the logic of a distribution system" for agents - after Barwise and Seligman (1997), da Silva et al. (2008), Bremer and Cohnitz (2004) - and use diagrammatic modelling to understand information flows (Durugbo, Tiwari, and Alcock 2013, 599 et seq.). Showing the sources of provided information gave already initial pointers of relevant stakeholders. An exchange of information takes place in the harbor within the local fishing industry and with their representatives in forums such as MEDAC (Dr. Maynou, personal communication, 27.04.2016). The fishers have a close network in their harbors and seldom use internet as information source for their day-to-day professional activities (Dr. Maynou, personal communication, 14.06.016). All fishers in the harbor are organized in associations like the Blanes Fisher's association (Italian associations are producer cooperatives).

In Catalonia there a three of these associations, corresponding to the three maritime districts, which are then jointly organized in the local federation, the Catalan-federation of fish (Dr. Maynou, personal communication, 23.06.2016). Again, the federation belong mostly to regional organizations, e.g. the Catalan-federation in Mediterranean Advisory Council (MEDAC). In the EU, seven regional advisory councils exist where different stakeholders of the fishing sector are represented. These organizations do not have any power but are consulted for regionalization of policies (DGMare 2016), which is one of the aspects that would merit further research. Considering the high quantity of people involved, the model gets even more complex and the problem of finding the right person as a community leader arises (Gutierrez, Hilborn, and Defeo 2011, 388). If the fisher does not retrieve the information by himself, and according to the findings he hardly does, then the sender-receiver model has to be connected serially. This phenomenon is also known as Chinese Whisper. The information provided changes in the chain because of misunderstandings (Noise) or different coding systems. The more people are involved in different countries, with different languages, previous knowledges and demands, the more imprecise the communication process might become and might eventually break off. The final outcome may be that the information provided through internet does not reach the targeted audience. This verifies the assupmtion of a disturbed information flow.

## Conclusion

The attempt to transform the practices of fishers according to sustainability policies requires an improved communication of policy changes. This research demonstrates that reliable information on new policies are available comprehensively and range from well-illustrated, dissemination-level infographics to complicated legal texts, which consequently fulfill the information obligation (EC n.d.-b). According to the applied definition of mass media, this channel is used for the distribution of announcements and for bringing information to stakeholders and thus, prove legitimacy and democracy of the policy maker. Irrespective of the broad availability, the information could not be provided properly to the fisher who often is not even aware of his need of information.

Consequently, legitimacy and democracy could not be verified and authorities are exposed to the risk of losing their justification. Fundamental practices may not be transformed. So the mass media have to be supplemented by other instruments like workshops performed in collaboration with related institutions. Without further measures, the fisher are in danger to receive penalties before being familiar with the regulation and having time for reorganizing properly- although this is the main concern of the policy in order to establish more selective fishing methods. Additionally, the modifications will cause short term losses to the fisher as adjustments on the vessels are needed. Also, further incentives to compliance are missing due to the lack of application possibilities. The fisher feels excluded from the policy making process, which on the one hand may strengthen their group feeling but also leads to rejection of changes, difficulties in enforcement and, in general, low levels of compliance. The communication process is too complex to identify a concrete failure or Noise. However, too many interposed participants potentially increase the frequency of misunderstandings and distortion, or even cancellation, in the political communication process. Having a view on the CFP as a whole, two more aspects can be observed in the CFP: management plans and regionalization. The management plans serve to reach the MSY for all stocks by control mechanisms. The regionalization allows the individualization of instruments and measurements to cope with local specifications with the EU law as a minimum standard. If the fisher actively refuses to or cannot comply with any of these regulations, either due to a lack of accessibility or flow of information or due to a loss of trust in the government, the CFP and its aim to create sound fishery management will likely fail under the attempt to superimpose inflexible structures with unsuitable political communication. In order to re-shape concrete practices effectively the implementation of policies should build on existing resources on the ground, i.e. the communication of policy changes should come closer to the fishers by involving local organizations and professional networks.

## References


Barwise, J., and J. Seligman. 1997. *Information Flow: The Logic of Distributed* Systems: Cambridge University Press.

Bremer, M., and D. Cohnitz. 2004. *Information and Information Flow:* An Introduction: De Gruyter.

da Silva, F.S.C., Agusti-Cullell, J., James, M.E. and F. van Harmelen. 2008. I*nformation Flow and Knowledge Sharing:* Elsevier Science.

DGMare. 2016. *Advisory councils.* European Commission, Last Modified 29.04.2016, accessed 23.06.2016. http://ec.europa.eu/fisheries/partners/advisory-councils/index_en.htm.

Durugbo, C., Tiwari, A. and J.R. Alcock. 2013. "Modelling information flow for organisations: A review of approaches and future challenges." *International Journal of Information Management* 33 (3):597-610. doi: http://dx.doi.org/10.1016/ j.ijinfomgt.2013.01.009.

EC. 2011. *Information providers guide The EU Internet Handbook.* EC, accessed 29.06.2016. http://ec.europa.eu/ipg/print/print_all_content/index_en.htm#content_1_4_2.

EC. n.d.-a. *1 January 2015*: the landing obligation. European Commission, Last Modified 21.01.2016, accessed 08.06. http://ec.europa.eu/fisheries/cfp/fishing_rules/landing- obligation/index_en.htm.

EC. n.d.-b. The *Common Fisheries Policy.* European Commission, accessed 05.06.2016. http://ec.europa.eu/fisheries/cfp/index_en.htm.

EU. 2010. *Consolidated Treaties Charter of Fundamental Rights.*

EU. 2013. Regulation (EU) No 1380/2013 of the European Parliament and of the council of 11 December 2013. *Offical Journal of the European Union.*

EU. n.d. *Fisheries - the importance of conservation. EU, accessed* 27.06.2016. http://europa.eu/pol/fish/index_en.htm.

Europedia. 2011. *Europedia.moussis.eu.* Keystone5, accessed 07.07. http://www.europedia.moussis.eu/home.tkl

Gutierrez, N.L., Hilborn, R. and O. Defeo. 2011. "Leadership, social capital and incentives promote successful fisheries." *Nature* 470 (7334):386-389. doi: http://www.nature.com/nature/journal/v470/n7334/abs/10.1038-nature09689-unlocked.html#supplementary-information.

Hildebrandt, A., Jäckle, S., Wolf, F. and A. Heindl. 2015. *Methodologie, Methoden, Forschungsdesign: Ein Lehrbuch für fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft.* Wiesbaden: Springer VS.

Jarren, O., Sarcinelli, U. and U. Saxer. 2013. *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: Ein Handbuch mit Lexikonteil:* VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Luhmann, N. 1996. *Die Realität der Massenmedien:* Opladen: Westdt. Verlag.

Maynou, F. 2016. *unpublished partial project.*

Mayring, P. 2002. *Einführung in die qualitative Sozialforschung :* eine Anleitung zu qualitativem Denken. Weinheim; Basel: Beltz.

Meyer, C. 1999. *"Political Legitimacy and the Invisibility of Politics: Exploring the European Union's."* Journal of Common Market Studies 37 (4):617.

Olsen, W. 2004. "Triangulation in social research: qualitative and quantitative methods can really be mixed." *Developments in sociology 20:103-118.*

Papathanassopoulos, S., and R.M. Negrine. 2013. *European Media*: Wiley.

Pfetsch, B., and A. Heft. 2009. "Europäische Öffentlichkeit - Entwicklung transnationaler Medien-kommunikation." *Aus Politik und Zeitgeschichte* APUZ 23-24/2009:36 et seq.

Rhomberg, M.. 2009. *Politische Kommunikation : eine Einführung für Politikwissenschaftler, UTB: 3143 : Politikwissenschaft, Medien: Paderborn :* Fink.

Röhner, J., and A. Schütz. 2012. *Psychologie der Kommunikation, Basiswissen Psychologie.* Wiesbaden Springer VS.

Schubert, K., and M. Klein. 2016. *Das Politiklexikon.* In Das Politiklexikon. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Schulz, W. 2011. *Politische Kommunikation: Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung:* VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Shannon, C.E., and W. Weaver. 2015. *The Mathematical Theory of Communication*: University of Illinois Press.

Spanier, B. 2012. Europe, anyone?: *The "Communication Deficit" of the European Union Revisited.* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.

Union, European. 2012. *Consolidated Versions of the Treaty on European Union and the Treaty on the Functioning of the European Union: Charter of Fundamental Rights of the European Union*. EUR-OP.

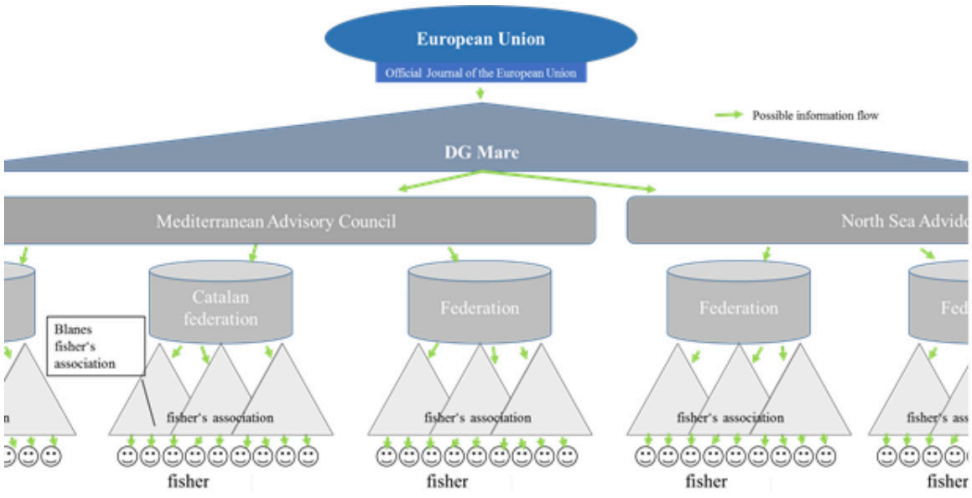
Watson, R., Zeller, D. and D. Pauly. 2011. Spatial expansion of EU and non-EU fishing fleets into the global ocean, 1950 to the present. In *A report commissioned by WWF Netherlands.*

## Appendix 1

The results of evaluating the knowledge of the fisher on basis of the MINOUW study are shown in the following:

| Interview # | Are you aware that discarding of UWC will be banned in European waters progressively in the period 2015 – 2019? | Do you know if your fishing activity will be affected by the landings obligation? | Do you think that the landings obligation will be positive for local fisheries? | Do you think that the landings obligation will be generally accepted by all fishers? | Will your activity incur extra costs to comply with the landings obligation |
|---|---|---|---|---|---|
| "Yes" per column | 50 | 69 | 12 | 12 | 79 |
| "No" per column | 72 | 59 | 115 | 116 | 47 |
| Other answers per column | 6 | 0 | 1 | 0 | 2 |

## Appendix 2



**Impressum**

gem. § 5 TMG (Telemediengesetz)
Zeppelin Universität gemeinnützige GmbH
Am Seemooser Horn 20 D 88045 Friedrichshafen
Tel. +49 7541 6009-0
Fax +49 7541 6009-1199
zu.de

Vertreten durch die Geschäftsführer:
Prof Dr Insa Sjurts (Sprecherin) | Matthias Schmolz (Geschäftsführer)
Registergericht: Amtsgericht Ulm
Register-Nr.: HRB 63 2002

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-Ident-Nr.): DE229010877

Soweit der Dienst im Rahmen einer Tätigkeit angeboten oder erbracht wird, die der behördlichen Zulassung bedarf, erfolgen Angaben zur zuständigen Aufsichtsbehörde:

Zuständige Aufsichtsbehörde: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Baden-Württemberg

Inhaltlich verantwortlich gem. § 55 Abs. 2 RfStV:
Redakteure des ZUPER-Projekts (akkr.) „Der Wilhelm“: Meta Cramer, Tobias Rochlitz,
Jan Morgenstern, Martin Valdés-Stauber und Julius Oblong
Review Board: Meta Cramer, Tobias Rochlitz
Zeppelin Universität gemeinnützige GmbH
Am Seemooser Horn 20 D 88045 Friedrichshafen
Tel. +49 7541 6009-0
Fax +49 7541 6009-1199
zu.de/derwilhelm
E-Mail: derwilhelm@zeppelin-university.net

ISSN 2509-4459

„Der Wilhelm“ designed by

# KREATIV KOMPANIE

Werbeagentur am Bodensee

+ Portrait & Werbefotografie
+ Webdesign & Programmierung
+ Mediendesign & Print

Meli Straub & Leo Wiedenmann | Ebratsweiler 3/2 | 88634 Herdwangen- Schönach
**www.kreativ-kompanie.de**

ZU.DE/DERWILHELM